

daten & fakten



1'2002

MAGAZIN DES LANDESBETRIEBES FÜR
DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK LAND BRANDENBURG

Eine Rechtsformänderung mit Auswirkungen

Der LDS bringt als Landesbetrieb **deutliche Vorteile für Sie!**

Seit 2001 ist an die Stelle des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik getreten. Über einige wesentliche Auswirkungen dieser Rechtsformänderung für Sie als Kunden und Auftraggeber informiert Sie dieser Beitrag.

Jede Veränderung hat auch einen Teil Kontinuität:

- So steht der LDS weiterhin unter der Dienst- und Fachaufsicht des Ministeriums des Innern und ist eine rechtlich unselbstständige Einrichtung der Landesverwaltung Brandenburg.
- Der LDS nimmt Fachaufgaben wahr, die ihm bereits als Landesamt übertragen waren, insbesondere
 - die Erhebung, Aufbereitung und Bereitstellung amtlich statistischer Daten des Landes Brandenburg von A (wie Agrarstatistik) bis Z (wie Zensus),
 - die Betreuung des Landesverwaltungsnetzes (LVN), des Kommunikationsverbundes und des Daten- und TK-Verbundes der Obersten Landesbehörden,
 - die Betreuung verschiedener Großverfahren der Landesverwaltung, vom Gemeindefinanzausgleich, über das BAFöG- und Wohngeldverfahren, bis hin zum Haushalts- und Kassenrechnungsverfahren,
 - die IT-Aus- und Fortbildung für Auszubildende und Bedienstete der Landesverwaltung.
- Der LDS hat seinen Hauptsitz in Potsdam, in unmittelbarer örtlicher Nähe zu den meisten seiner Kunden. Es gibt weiterhin Außenstellen in Cottbus und Frankfurt (Oder) sowie das IT-Schulungszentrum in Teltow.
- Die Geschäftstätigkeit des LDS ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Neu ist: Der LDS

- erhält keine Mittelzuweisungen aus dem Landeshaushalt.

- erzielt seine Einnahmen ausschließlich auf der Grundlage von Aufträgen aus der Landesverwaltung und Dritter, wozu er Servicevereinbarungen abschließt.
- führt anstelle der bisherigen kameralistischen Buchführung neben der Kosten- und Leistungsrechnung ein kaufmännisches Rechnungswesen ein.
- baut ein an den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtetes Kunden- und Geschäftsmanagement auf.
- positioniert sich im Marktwettbewerb mit dem Ziel, durch qualitativ hervorragende und kostengünstige Leistungsangebote zu überzeugen.

Der LDS schließt Auftragsverhältnisse zu den Kunden der Landesverwaltung auf der Grundlage von Servicevereinbarungen, in denen die Leistungen beschrieben sowie wesentliche Modalitäten der Leistungsbeziehung und das Leistungsentgelt geregelt sind. Daneben gelten die **Allgemeinen Auftragsbedingungen** – AAB – des LDS als Rahmenregelungen des Geschäftsverkehrs mit seinen Kunden; diese sind u. a. im Amtsblatt und im Intranet der Landesverwaltung veröffentlicht unter: www.brandenburg.de/lbs/preise/preise.htm.

Das **Leistungs- und Entgeltverzeichnis** – LEV – des LDS enthält eine Aufstellung standardisierter Leistungsangebote im IT- und Statistikbereich und deren Preise. Individuelle Leistungen kalkuliert der LDS kostendeckend und unterbreitet dem Auftraggeber ein Angebot. Aus der Rechtsstellung des Landesbetriebes als unselbstständige Einrichtung der Landesverwaltung ergeben sich für die Ressorts und deren nachgeordnete Einrichtungen bei Auftragserteilung an den LDS einige erwähnenswerte **Vorteile**:

- Leistungen des LDS im Bereich der Landesverwaltung sind **umsatzsteuerfrei** und damit tendenziell kostengünstig.

- An den LDS können Aufträge **ohne** zeit- und kostenaufwändige **öffentliche Ausschreibung** vergeben und damit Leistungen in der Regel schneller bezogen werden.
- Für die Begründung längerfristiger Leistungsbeziehungen bedarf es hinsichtlich von Dauerverbindlichkeiten **keiner Verpflichtungsermächtigung**.
- Der LDS ist nach seiner Geschäftsanweisung zu kostendeckender Wirtschaftsführung verpflichtet und unterliegt damit in seiner Funktion als landesinterner Dienstleister **nicht den Maßstäben privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung**.

Die genannten Gesichtspunkte verdienen es, vor einer Entscheidung über die Leistungsvergabe im Wege der öffentlichen Ausschreibung berücksichtigt zu werden.

Der LDS richtet für Ihre Anfragen ein **Zentrales Kundenmanagement** ein. Die Mitarbeiterinnen führen mit Ihnen Informationsgespräche, ermitteln Angebote, schließen Servicevereinbarungen und setzen sich bei der Auftragsrealisierung für Ihre Interessen ein.

Für Anregungen, Rückfragen und Kritik sind wir Ihnen stets dankbar, denn sie bilden eine Grundlage für Verbesserungen und notwendige Veränderungen. Letztlich hängt es von einer guten Zusammenarbeit und Ihrer Zufriedenheit ab, ob der LDS seine Geschäftstätigkeit erfolgreich gestaltet und die mit seiner Errichtung als Landesbetrieb verbundenen Erwartungen erfüllt.

*Antje Leutholf
Thomas Süssner-Job*

Zentrales Kundenmanagement

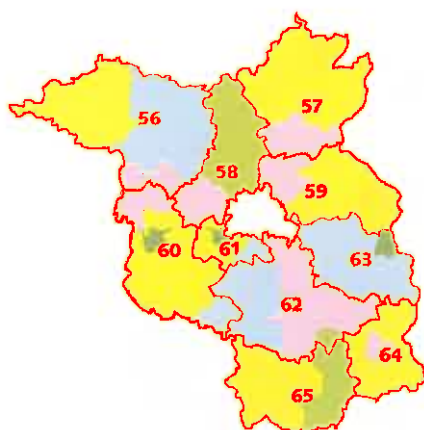
Tel.: (0331) 39 888

E-Mail: kundenmanagement@lds.brandenburg.de

Post: Dortustraße 46, 14467 Potsdam
Kunden-Gesprächsraum:
P-Gebäude, Raum P 027a

INHALT

daten & fakten



Neue
Wahlkreis-
einteilung

4

**Der LDS bringt als Landesbetrieb
deutliche Vorteile für Sie** 2

Neue Wahlkreiseinteilung 4

**Hardwarebeschaffung für
Landesbehörden – ein voller
Erfolg** 6

Neue Medien – neue Technologien 7

**Wohnungsbau im Land
Brandenburg** 10

Zulässigkeit „aktiver Elemente“ 16

Controlling im LDS 18

Neue Bücher 19

Impressum 19

Die bunte Welt der Zahlen 20

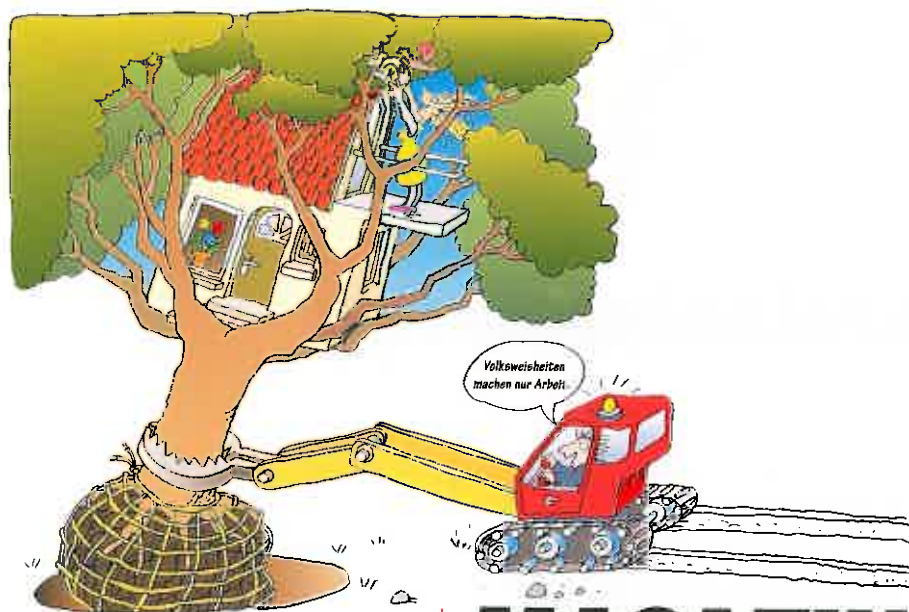
Der Zensustest 21

**Sozialhilfeempfänger im
Jahr 2000** 22

Veröffentlichungen 24



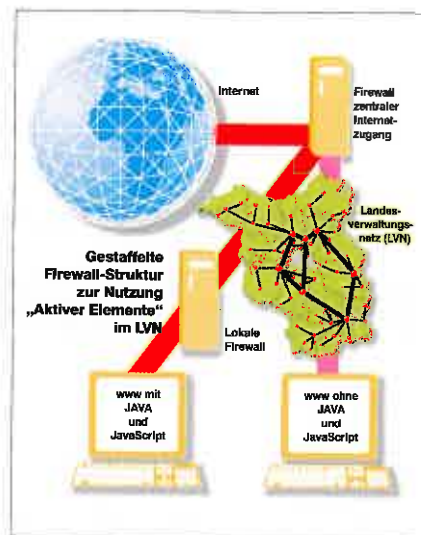
14 Heizungsarten
und Energieträger
in neuen
Wohngebäuden



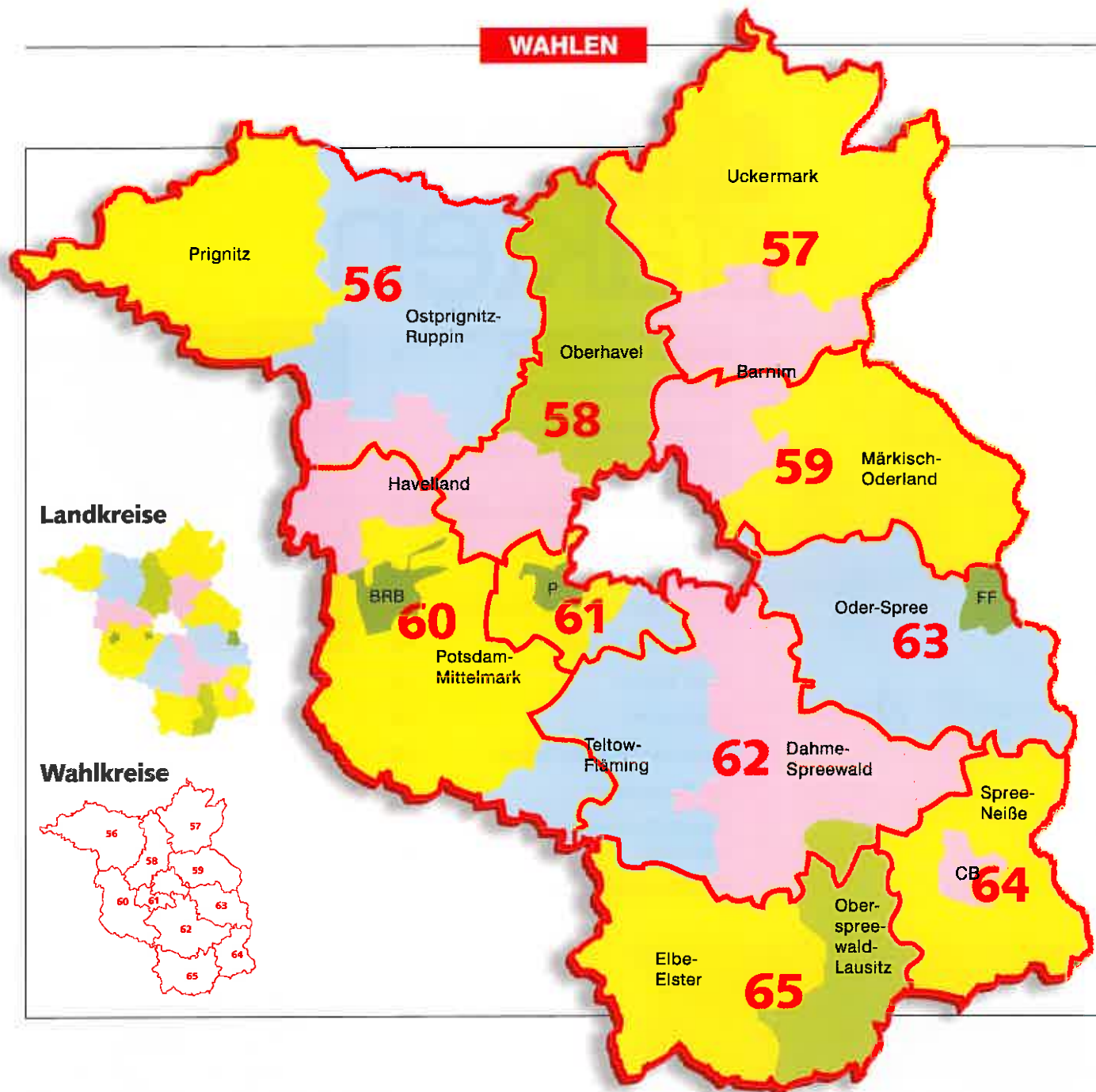
Wohnungsbau
im Land
Brandenburg

10

MAGAZIN
DES LANDESBETRIEBES FÜR
DATENVERARBEITUNG
UND STATISTIK
1'02



17 Internet-Nutzung
im LVN



Bundestagswahl 2002:

Neue Wahlkreiseinteilung

Auf Grundlage des 13. Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 (BGBl. I S. 1712) wird sich mit der nächsten Wahl zum Deutschen Bundestag im Herbst 2002 die Anzahl der Abgeordneten von derzeit 656 auf 598 (ohne Überhangmandate) reduzieren. Damit verbunden ist eine bundesweite Verringerung der Wahlkreise von bisher 328 auf 299. Das Ziel der Verringerung der Anzahl der Bundestagsmandate liegt unter anderem darin, die Flexibilität des Bundestages zu erhöhen sowie dem Entstehen

von Überhangmandaten entgegenzuwirken.

Für das Land Brandenburg bedeutet dies, dass es zur nächsten Bundestagswahl im Herbst 2002 insgesamt zehn statt bisher zwölf Bundestagswahlkreise gegeben wird. Somit werden zehn Abgeordnete, die im 15. Deutschen Bundestag vertreten sein werden, direkt in den Wahlkreisen mittels der Erststimme durch die Brandenburger Bürgerinnen und Bürger gewählt.

Für die Einteilung der Wahlkreise sind u. a. folgende Grundsätze zu beachten,

die der Paragraph 3 des Bundeswahlgesetzes beinhaltet:

- Die Wahlkreise müssen vollständig innerhalb der Ländergrenzen liegen.
- Die Bevölkerung eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise ins-

Überhangmandate entstehen, wenn auf eine Partei in einem Bundesland mehr Direktsitze entfallen als ihr auf Grund der Zweitstimmen bei der allgemeinen Sitzverteilung zustehen. Die Gesamtzahl der Sitze im Deutschen Bundestag erhöht sich um die Zahl der Überhangmandate.

gesamt nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten abweichen. Beträgt die Abweichung mehr als 25 Prozent, ist eine Neueinteilung vorzunehmen. Die ausländischen Einwohner werden dabei nicht berücksichtigt.

- Die Zahl der Wahlkreise muss in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.
- Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.
- Die Grenzen der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Diesen Regelungen kommt eine große Bedeutung zu, da die Zuschnitte der Wahlkreise einen großen Einfluss auf die Vergabe der Direktmandate haben können. Jede abgegebene Stimme soll unter dem Gesichtspunkt der Wahlgleichheit einen möglichst gleichen Zähl- und Erfolgswert haben. Ziel ist auch, den Anfall von Überhangmandaten auf das verfassungsrechtlich zulässige Mindestmaß zu beschränken. Gemäß dem 16. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 27.04.2001 (BGBl. I, S. 701) erhalten die brandenburgischen Bundestagswahlkreise die Wahlkreisnummern 56 bis 65. Die zehn Bundestagswahlkreise wurden für das Land Brandenburg wie folgt festgelegt:

56 Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I

(Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Landkreis Prignitz, vom Landkreis Havelland: Ämter: Friesack, Rhinow)

57 Uckermark – Barnim I

(Landkreis Uckermark, vom Landkreis Barnim: Eberswalde, Finowfurt, Ämter: Britz-Chorin, Groß Schönebeck (Schorfheide), Joachimsthal (Schorfheide), Oderberg)

58 Oberhavel – Havelland II

(Landkreis Oberhavel, vom Landkreis Havelland: Dallgow-Döberitz, Falkensee, Nauen, Ämter: Brieselang, Ketzin, Nauen-Land, Schönwalde (Glienicke), Wustermark)

59 Märkisch Oderland – Barnim II

(Landkreis Märkisch-Oderland,

vom Landkreis Barnim: Bernau bei Berlin, Ämter: Ahrensfelde/Blumberg, Biesenthal-Barnim, Panketal, Wandlitz, Werneuchen)

60 Brandenburg an der Havel – Potsdam-Mittelmark I – Havelland III – Teltow-Fläming I

(Brandenburg an der Havel, vom Landkreis Havelland: Ämter: Milow, Nennhausen, Premnitz, Rathenow, vom Landkreis Potsdam-Mittelmark: Seddiner See, Ämter: Beelitz, Beetzsee, Belzig, Brück, Emster-Havel, Groß Kreutz, Lehnin, Niemege, Treuenbrietzen, Wiesenburg/Mark, Wusterwitz, Ziesar, vom Landkreis Teltow-Fläming: Jüterbog, Niedergörsdorf)

61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II

(Potsdam, vom Landkreis Potsdam-Mittelmark: Kleinmachnow, Teltow, Werder (Havel), Ämter: Fahrland, Michendorf, Rehbrücke, Schwielowsee, Stahnsdorf, Werder, vom Landkreis Teltow-Fläming: Ludwigsfelde, Ämter: Blankenfelde-Mahlow, Ludwigsfelde-Land, Rangsdorf)

62 Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I

(Landkreis Dahme-Spreewald, vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz: Amt Lübbenau/Spreewald, vom Landkreis Teltow-Fläming: Luckenwalde, Nuthe-Urstromtal, Ämter: Am Mellensee, Baruth/Mark, Dahme (Mark), Niederer Fläming, Trebbin, Zossen)

63 Frankfurt (Oder) – Oder-Spree

(Frankfurt (Oder), Landkreis Oder-Spree)

64 Cottbus – Spree-Neiße

(Cottbus, Landkreis Spree-Neiße)

65 Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II

(Landkreis Elbe-Elster, vom Landkreis Oberspreewald-

Lausitz: Lauchhammer, Schwarzhöhe, Senftenberg, Ämter: Altdöbern, Am Senftenberger See, Calau, Großräschen, Ortrand, Ruhland, Schipkau, Vetschau)

Im Zuge der Neustrukturierung der Bundestagswahlkreise wurden fünf von den 14 Landkreisen im Land Brandenburg auf mehrere Bundestagswahlkreise aufgeteilt. Das betrifft die Landkreise Barnim, Havelland, Potsdam-Mittelmark, Oberspreewald-Lausitz und Teltow-Fläming. Die Aufgliederung der Landkreise erfolgte in folgende Bundestagswahlkreise:

- Landkreis Barnim in die Bundestagswahlkreise 57 und 59,
- Landkreis Havelland in die Bundestagswahlkreise 56, 58 und 60,
- Landkreis Oberspreewald-Lausitz in die Bundestagswahlkreise 62 und 65,
- Landkreis Potsdam-Mittelmark in die Bundestagswahlkreise 60 und 61 sowie
- Landkreis Teltow-Fläming in die Bundestagswahlkreise 60, 61 und 62.

Eine Teilung von Ämtern oder Gemeinden erfolgte nicht.

Im Rahmen der Gemeindegebietsreform im Land Brandenburg sind Gemeindegemeinschaften in großem Umfang vorgesehen. Inwieweit diese Zusammenschlüsse die Bundestagswahlkreisgrenzen berühren werden, ist nicht absehbar.

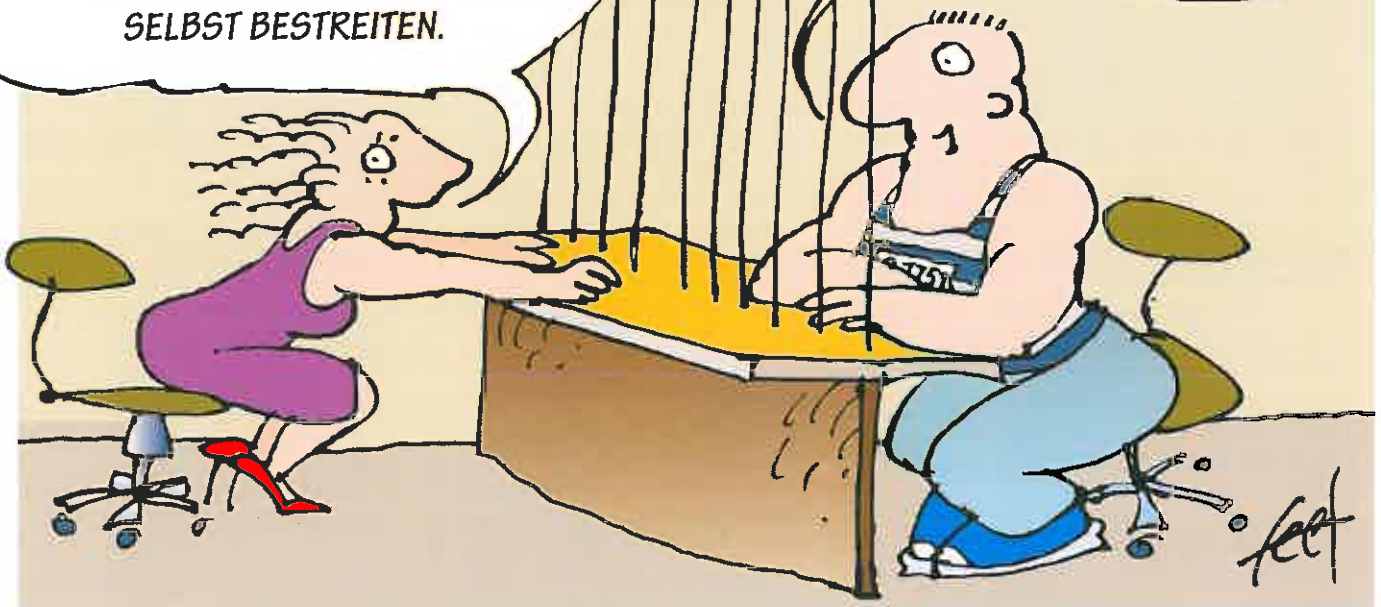
Projiziert man die neue Wahlkreiseinteilung auf die Bundestagswahl 1998, dann wäre im Land Brandenburg die SPD in allen zehn Wahlkreisen nach Erst- und Zweitstimmen die stärkste Partei geworden. Die CDU hätte in sieben der zehn Wahlkreise das zweitbeste Ergebnis erzielt. Sie läge nach Erststimmen in den Wahlkreisen 56 bis 58, 60, 62, 64 und 65 sowie nach Zweitstimmen in den Wahlkreisen 56, 58, 60 und 62 bis 65 vor der PDS an zweiter Stelle. Nach Erststimmen hätte die PDS in den Wahlkreisen 59, 61 und 63 und nach Zweitstimmen in den Wahlkreisen 57, 59 und 61 hinter der SPD den zweiten Platz erreicht.

Unter der Internetadresse <http://www.brandenburg.de/wahlen> finden Sie die umgerechneten Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 auf die neuen Wahlkreise, eine Übersicht mit der Neueinteilung der Wahlkreise für das Land Brandenburg sowie weitere Informationen rund um die Wahlen.

Angelika Behrend

SEIT BEI UNS IM AMT
DIESE HARDWAREBESCHAFFUNG
LÄUFT, HABE ICH IMMER
DAS OPTIMALE ARBEITSGERÄT
MIT SUPERSCHNELLEM NETZZUGANG.
UND DAS BESTE IST,
ICH KANN DADURCH ALLE ANFRAGEN
SELBST BESTREITEN.

NACH MEINER
LETZTEN HARDWARE-
BESCHAFFUNG
HABE ICH AUCH
ALLES BESTRITTEN.



Hardwarebeschaffung für Landesbehörden – ein voller Erfolg

Im Februar 2001 hat der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) im Auftrag des IMA-IT (Interministerieller Ausschuss Informationstechnik) eine europaweite Ausschreibung ausgelöst, über die für alle Behörden des Landes Brandenburg eine zentrale IT-Beschaffung möglich ist. Bis 09. April 2001 konnten die Angebote eingereicht werden. Nach Auswertung der eingereichten Unterlagen erfolgte der Zuschlag am 14. Mai 2001 an die Firma „ESOTRONIC Computer GmbH“ in Berlin. Der daraufhin abgeschlossene Vertrag – er gilt für ein Jahr vom 01. Juni 2001 bis 31. Mai 2002 – ermöglicht es allen Landesbehörden auf einfachste Weise ihren

Bedarf an APCs, Notebooks, Servern, Monitoren, Druckern, Standard-Software usw. zu decken. Auf Grund des Auftragsvolumens konnte durch den LDS ein gutes Preis-Leistungsverhältnis erzielt werden, von dem alle Besteller profitieren.

Das Bestellverfahren ist einfach und über zwei verschiedene Wege möglich. Basis für beide Verfahren ist die Rücksendung des ausgefüllten Teilnahmeformulars an den LDS. Einmal erfolgt die Bestellung auf herkömmlichem Wege, d. h. der Kunde füllt ein Bestellformular aus und schickt dies per Post oder Fax direkt oder über den LDS an die Firma „ESOTRONIC Computer GmbH“.

Die zweite Möglichkeit ist die Bestellung

auf elektronischem Wege, also mittels e-procurement. Dazu wird dem Nutzer aus sicherheitsrelevanten und kundenspezifischen Aspekten eine spezielle Internetadresse und eine USER-ID mit dem dazugehörige PIN-Code mitgeteilt.

Die Realisierung der Lieferung einschließlich Installation vor Ort erfolgt dann je nach Umfang der Bestellung und individuellen Terminabsprachen innerhalb kürzester Zeit. Da einige Behörden Außenstellen im gesamten Land Brandenburg haben, hat die Anzahl der Lieferadressen natürlich Einfluss auf den Zeitfaktor.

Zu Beginn der Vertragslaufzeit wurden an alle in Frage kommenden Einrichtung-

gen Rundschreiben mit einer Kurzbeschreibung des Angebotes verschickt. Gleichzeitig erfolgte im Intranet unter „Brandenburg intern“ die Veröffentlichung der erforderlichen Informationen, wie Ansprechpartner, Adressen, Telefon-/Fax-Nummern und E-Mail-Adressen, Beschreibung des Leistungsangebotes, Hinweise zur Beteiligung am Verfahren usw.

Dass die Behörden sich durch das LDS-Angebot den zeit- und kostenintensiven Aufwand für eigene Ausschreibungen ersparen können, ist nur ein Vorteil dieses Verfahrens. Bei der Preisgestaltung der angebotenen Produktpalette sind durch den Mengenrabatt sehr günstige Preise ausgehandelt worden, die bei einer Einzelbestellung durch die Behörden nicht realisierbar wären.

Unabhängig vom Umfang der Beschaffungsmaßnahme kann jede Behörde entsprechend des vertraglich vereinbarten Warenkorbes die IT-Technik bestellen, die sie real benötigt. Dabei ist es unerheblich, ob nur ein APC, ein Drucker oder nur ein neuer Monitor zu beschaffen ist oder ob eine gesamte Behörde komplett ausgestattet werden soll. Auf Wunsch wird auch ein Rollout und

die Entsorgung alter Technik übernommen.

Sollten während der Vertragslaufzeit bestimmte Hardwarekomponenten nicht mehr lieferbar sein, wird dem Kunden zugesichert, dass durch die Firma „ESOTRONIC Computer GmbH“ diese durch mindestens gleichwertige oder höherwertige Technik ersetzt werden. Ähnliches gilt für die Software.

Diese Änderungen werden im Intranet unter „Brandenburg intern – IT-Beschaffung“ aktualisiert veröffentlicht, so dass die Behörden sich jederzeit über die gültigen Bedingungen informieren können.

Nach einer nur kurzen Anlaufphase kann für das Angebot des LDS zur problemlosen Beschaffung benötigter IT-Ausstattung ein sehr positives Fazit gezogen werden. Das LDS-Angebot wurde von den Behörden des Landes Brandenburg sehr gut angenommen. Der Kundenkreis umfasst dabei die gesamte Spannweite der Landesbehörden, beginnend mit den Ministerien über Landesämter und Landesanstalten bis hin zu Landeskliniken, usw.

Bis dato haben 49 Behörden ihre Teilnahme am Bestellverfahren bekundet, haben auch bestellt, sind beliefert und

abgerechnet worden. Vier Behörden haben einen Mietvertrag abgeschlossen und weitere vier haben die Dienstleistung „Rollout“ in Anspruch genommen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt einen Überblick über den Umfang der Technik, die bis zum 18. Dezember 2001 bestellt, ausgeliefert und abgerechnet wurde.

Hardware-Produkt	Anzahl
APC 1-6	1 579
Server 1-3	46
Monitore 17", 19", LZ 21"	673
LCD-Bildschirme	461
Laserprinter	103
Notebooks	31

Der LDS reagierte mit diesem Angebot nicht nur schnell, sachbezogen und marktorientiert, sondern auch sehr kundenfreundlich.

Für alle, die mit der Ausarbeitung und Umsetzung dieses Projektes befasst waren, ist dieser Erfolg Motivation für die weitere Arbeit und rechtfertigt nach Meinung der Verantwortlichen eine Weiterführung. Deshalb wird nach erneuter Ausschreibung diese Dienstleistung auch 2002 vom LDS angeboten werden.

Margret Schmidt

STATISTIK

Neue Wege bei der Erhebung, Aufbereitung und Auswertung statistischer Daten

Neue Medien – neue Technologien

Mit dem Übergang in das Zeitalter neuer Medien wird auch von der amtlichen Statistik erwartet, dass moderne Datenverarbeitungen (DV)-Anwendungen eingesetzt werden und Erhebungen über das Internet sowie die Übernahme von Daten aus Verwaltungsverfahren ermöglicht werden. Dies soll alles schnell – um nicht zu sagen: „Sofort – per Knopfdruck“ und natürlich nutzerfreundlich und möglichst kostenfrei erfolgen.

Aufgabenstellung

Mit modernen Techniken arbeiten alle und wir – die Statistiker, noch dazu in einem Dienstleistungs-Unternehmen für Datenverarbeitung und Statistik – sowieso.

Theoretisch ist das Ziel klar. Und praktisch?

Praktisch gehören wir zum Statistischen Verbund der Länder. Eine Bundesstatistik

wird nicht nur in Brandenburg durchgeführt sondern in allen Ländern. Um Kosten zu sparen, wird einheitlich in allen Ländern mit einem Verbundprogramm gearbeitet. Verbundprogramme veralten, denn die Anforderungen verändern sich und es wurde Zeit den gesamten Verfahrensablauf auf den Prüfstand zu stellen.

Die Fachreferenten für die Finanzstatistiken der Länder waren sich bereits 1997 einig, neue Wege am Beispiel der Kas-

senstatistik zu beschreiten – einer sehr komplexen Bundesstatistik, deren Daten Grundlage für die Steuerschätzungen sind und auch für den Länderfinanzausgleich und den Kommunalen Finanzausgleich die Basis bilden.

Auf Grund ihrer Erfahrungen mit dieser Statistik stellten die Fachstatistiker eine Reihe von Überlegungen an, wie – nach ihrer Meinung – ein „modernes Erhebungsgeschäft“ aussehen sollte:

- Zunächst gilt es die Meldedaten über neue Medien – das Internet oder Landesverwaltungsnetze – von den berichtspflichtigen Gemeinden einzusammeln.
- Diese Daten sollen vom Datenlieferer medienbruchfrei in das Erfassungsprogramm im Internet eingelesen werden.
- Gemeinsam mit den Daten aus der Datenerfassung (schließlich wird es noch einige Zeit parallel die Datenerhebung mittels Papier-Erhebungsbogen geben) sind diese Daten für den Prüfprozess in den Statistischen Landesämtern zur Verfügung zu stellen.
- Mit einem modernen Dialog-Prüfprogramm mit grafischer Oberfläche und klarer Fehlerbezeichnung sind Meldedaten zu überprüfen und gegebenenfalls – nach Klärung mit den Berichtspflichtigen – zu korrigieren. Für den Vergleich mit Daten aus vorangegangenen Erhebungen, für logische Prüfungen und Verknüpfungen wird ein gut handhabbares Prüfprogramm gewünscht. Dazu gehört eine menügeführte Abarbeitung.
- Die Kriterien für die Fehlerprüfungen sollen durch die Statistiker selbst aufgestellt und verändert werden können.
- Erläuterungen zu den Meldedaten sollten schon durch den Berichtspflichtigen in den elektronischen Fragebogen eingegeben werden können. Festgestellte Unstimmigkeiten sollen in einer Übersicht zusammengestellt und den Berichtspflichtigen zur Klärung übermittelt werden.
- Der dazu erforderliche Erhebungsbogen im Prüfprogramm muss bei auftretenden Veränderungen in der Haushaltssystematik schnell angepasst werden können. Da dieser „Bogen“ auch im Internet steht, sollten diese Änderungen nicht doppelt erfolgen.
- Für den Berichtspflichtigen ist es sinnvoll, wenn er seine Meldedaten überprüfen kann. Also müssen bereits vorliegende Daten aus dem letzten

Berichtszeitraum ebenfalls über das Internet einsehbar sein.

- Der Berichtspflichtige ist erfahrungsgemäß daran interessiert, wie er im Vergleich mit den anderen steht. Schnelle Lieferung sollte also auch mit schneller Einblicknahme in das zunächst vorläufige Ergebnis belohnt werden können.
- Wenn die einzelnen Meldedaten nach der Prüfung plausibel sind, wird ein tief gegliedertes Ergebnis erstellt. Diese Summendaten sollen ebenfalls aufgrund ihrer Entwicklungstendenzen überprüft werden können. Daraus können noch Nachfragen resultieren, in deren Folge die Ergebnismessung noch einmal wiederholt werden muss.
- Wird das Meldeergebnis für das Statistische Bundesamt durch die Statistischen Landesämter frei gegeben, so sollte es auf dem schnellsten Weg auch dorthin gelangen.
- Das bedeutet vernetzte Systeme zu entwickeln und Arbeiten mit einem gemeinsamen Server zu ermöglichen, um Kosten zu senken und die Aktualität der Datenbereitstellung für die Kunden weiter zu verbessern. Das DV-System sollte auf Wunsch einzelner Statistischer Landesämter, die eigene Server betreiben, auch die dezentrale Abarbeitung ermöglichen.
- Und ganz zum Schluss, aber eigentlich Ausgangspunkt und Anliegen einer Datenerhebung ist die Auswertung im Sinne der Kunden. Das heißt, schnelle und aktuelle Bereitstellung geprüfter und vergleichbarer zusammengestellter Auswertungsergebnisse und so variabel, wie der Kunde es wünscht.

Projektrealisierung

Wie konnten diese Vorstellungen umgesetzt werden:

1999 wurde vom DV-Verbund der Länder die Entwicklung eines Pilotprojektes beschlossen, das mittels neuer Technologie (JAVA) für die Fachstatistiker moderne Werkzeuge für die Erhebung, Aufbereitung und Auswertung der Daten bereitstellt, und den Statistikern eine weitgehend unabhängige und flexible Bearbeitung der Aufgabenstellungen ermöglicht.

Die Abarbeitung sollte, beginnend bei der Erhebung bis hin zur Ergebniserstellung, in einem ganzheitlichen und medienbruchfreien Produktionsprozess erfolgen, der von den Statistikern ge-

steuert wird. Da es sich um öffentliche Daten handelt, war die Frage des Datenschutzes für die erhobenen Daten nicht relevant.

Es wurde der gesamte Ablauf der Statistikaufbereitung überprüft. Da sich die Berichtskreise der Finanz- und Personalstatistiken überlappen, wurde ein Berichtskreispool aufgebaut, der alle Merkmale von allen Berichtspflichtigen enthält. Das hört sich einfach an, ist aber um so komplizierter, je mehr Statistiken integriert werden sollen.

Deshalb wurden die Module so konzipiert, dass sie sowohl statistikübergreifende als auch statistikspezifische Funktionsbereiche und Eigenschaften aufweisen.

Neben der gemeinsamen Berichts- und Erhebungskreisverwaltung wurden statistikübergreifend die Merkmalskataloge angelegt, da der Gruppierungsplan z. B. für drei Finanzstatistiken Gültigkeit besitzt. Für den Gebietsstandsabgleich, der eng verbunden mit dem jeweiligen Bevölkerungsstand ist, wurde das amtliche Gemeindeverzeichnis des statistischen Verbundes (GV 2000) eingebunden.

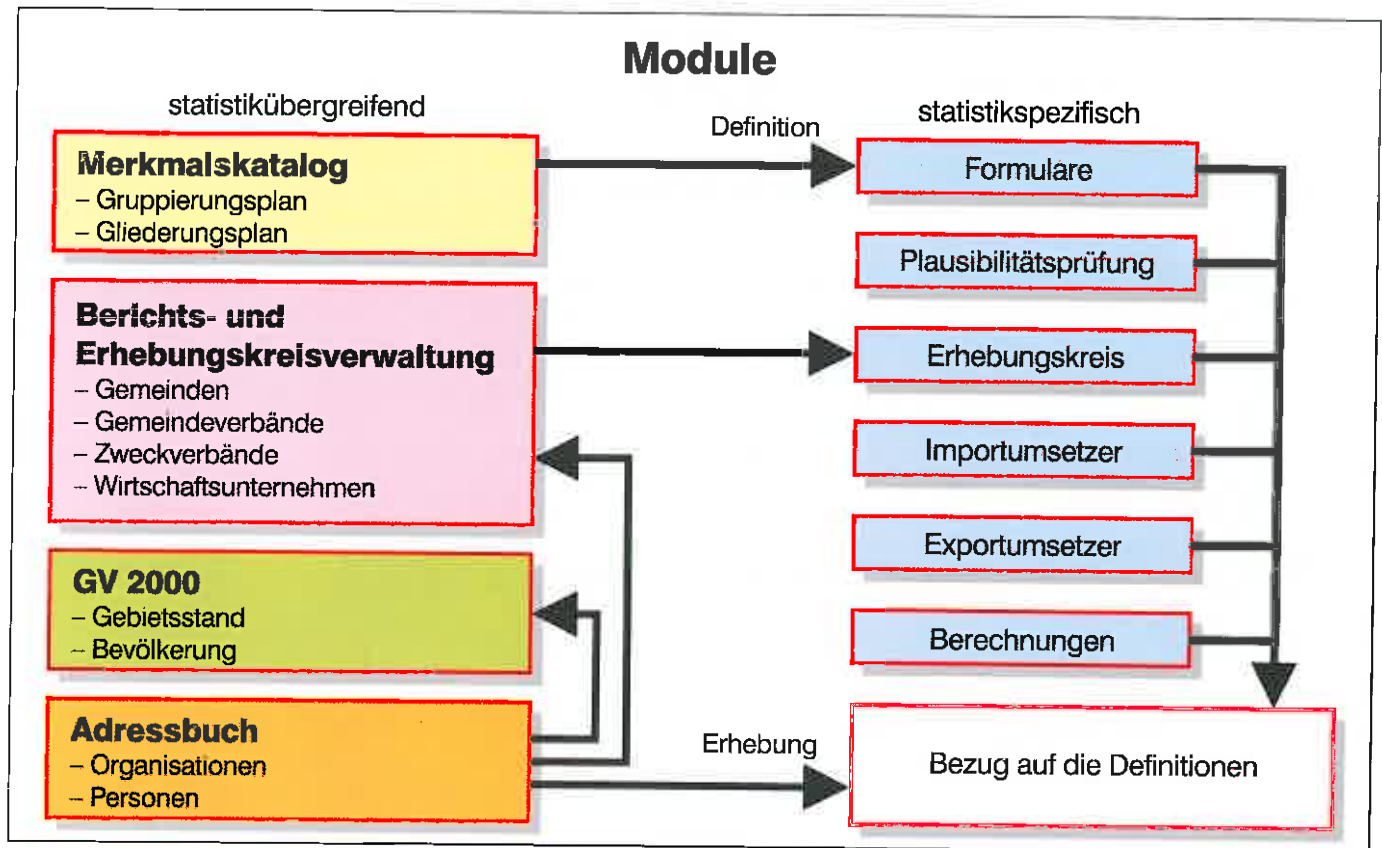
Die Fortschreibung der Gebietsstände aufgrund der laufenden Gemeindegebietsreform ist notwendig, da die Zusammenführung und Vergleichbarkeit der Daten einer Gemeinde über die Jahre und aus verschiedenen Statistiken ermöglicht werden muss.

Das Projekt:

Statistikspezifisch sind die Formulare (Erhebungsbogen), die Plausibilitätsprüfungen, der Erhebungskreis und diverse Hilfsfunktionen für die Behandlung länderspezifischer Sonderfälle. Alle diese Teilbereiche müssen vor dem Start einer Erhebung festgelegt werden. Danach erfolgt die Freigabe für die Mitarbeiter zur Durchführung der Bearbeitung im Dialog-Prüfprogramm.

Es musste auch der Aufbau der Ordnungsmerkmale (z. B. gesonderte Berichtsstellen-Nr. und regionales Merkmal, Verwaltungsform, etc.) in den Finanz- und Personalstatistiken für die Abarbeitung vereinheitlicht werden. Andererseits sollten bisherige Verschlüsselungen von Ordnungsmerkmalen erhalten bleiben, um bestehende landesinterne Auswertungsprogramme in den Bundesländern nicht zu gefährden.

Außerdem sollten die abweichenden kommunalen Strukturen in den einzel-



nen Ländern (nach Regierungsbezirken, Landkreisen, Ämtern etc.) im System herausgearbeitet werden, um bei Auswertungen bessere und schnellere Vergleiche über den gesamten Einzeldatenbestand zu ermöglichen. Von der Entwicklerseite wurde die DV-Anwendung in drei Module gegliedert für:

1. Die Interneterhebung der Daten
2. Die Dialog-Plausibilisierung in den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt
3. Die Administration vorstehend genannter Module für die Produktionssteuerung der Statistiken

In Zeiten knapper Kassen orientierte der Statistische Verbund der Länder auf die Nutzung von Open-Source Software Produkten bei der Auswahl der Datenbank und des Applikationsservers, die weitgehend kostenfrei genutzt werden können. Nach der Entscheidung für den Umstieg auf diese vereinbarten Open-Source Software Produkte verzögerten die damit verbundenen Umstellungsarbeiten die Entwicklung des Projektes etwas.

Zunächst wurden vom Entwicklerteam das Administrationsmodul und das Modul für die Dialog-Plausibilisierung entwickelt. Schwerpunkt war das Admi-

nistrationstool, weil von ihm die gesamte Ablaufsteuerung der Statistik abhängig ist. Die Entwicklung der gewünschten Funktionalitäten nahm breiten Raum ein, schließlich mussten eine Vielzahl von länderspezifischen Bedingungen und Besonderheiten berücksichtigt werden.

Da als Einführungstermin des Projektes die Abarbeitung des 1. Quartals 2002 der Kassenstatistik vorgesehen ist, wird zur Zeit die Produktionsfähigkeit der Grundversion im Brandenburger LDS getestet. Einführungstests laufen parallel in Mecklenburg-Vorpommern und Hessen.

Sobald die Vorbereitungsarbeiten für alle Länder abgeschlossen sind, das heißt

1. Aufbau des Berichtskreises,
2. Gestaltung des landesspezifischen elektronischen Erhebungsbogens,
3. Einrichtung der Landes-Prüfliste, etc.,

können auch diese Länder nach Durchführung von Schulungen in die Tests einsteigen.

Danach erfolgt die Entwicklung des Moduls für die Interneterhebung und die Vorbereitung der Produktionseinführung der Grundversion des Projektes im Verbund.

Weiterentwicklung

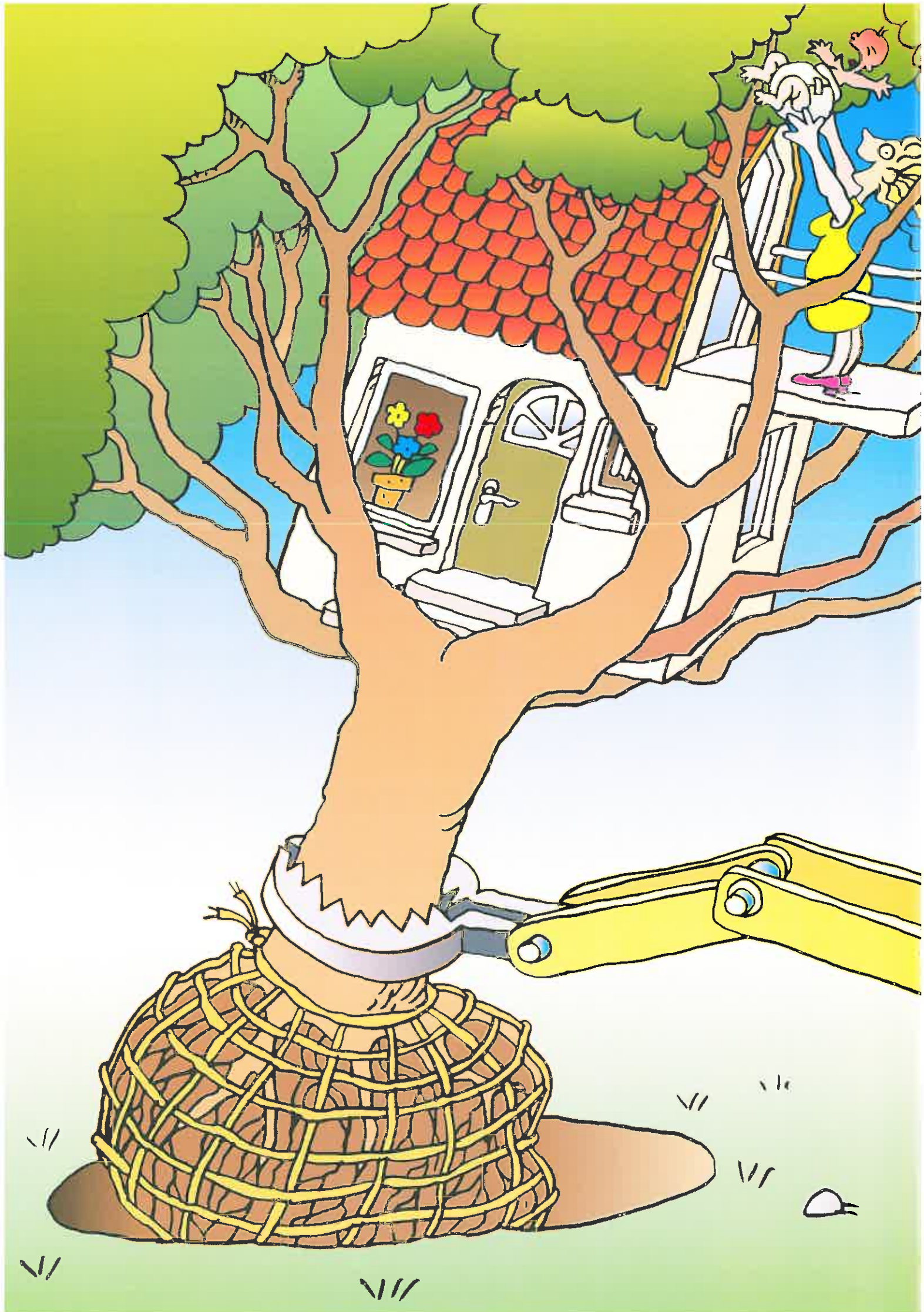
Eine ganze Reihe von Wünschen ist dann noch offen, z. B.:

- die Entwicklung eines Schätzprogramms,
- die Vorbereitung der Auswertung über die Verwaltungsstrukturen und die Recherche in den Datenbeständen,
- die Verwaltung der elektronischen Notizen (Memos) von den Berichtspflichtigen und von den Bearbeitern in den Landesämtern sowie deren Auswertung,
- die Internetangebote für die Berichtspflichtigen und
- der Ausbau einiger Funktionalitäten im Prüfprogramm.

Vor allem der Ausbau der Funktionalitäten für die Auswertung der Daten im System werden den Schwerpunkt der weiteren Entwicklung darstellen, denn Ausgangspunkt und Ziel sind die kundenorientierte und schnellstmögliche Informationsbereitstellung aus den erhobenen Daten.

Die Grundlagen dafür sind jedenfalls mit diesem Projekt geschaffen worden. Weitere Finanz- und Personalstatistiken sollen eingebunden werden.

Ilka Seyer



Wohnungsbau im Land Brandenburg

Im Leben soll man einen Baum gepflanzt, Kinder gezeugt und ein Haus gebaut haben, sagt eine Volksweisheit

Was die Kinder betrifft, da kann die Statistik mit Daten zur Bevölkerungsentwicklung weiterhelfen. Was aber den Hausbau betrifft, kann die Statistik der Baugenehmigungen zu Rate gezogen werden und über die wollen wir Sie detaillierter informieren. Sie zeigt unter anderem, wie viele neue Wohngebäude durch welche Bauherrensgruppen, zu welchen Kosten, mit welchem Baumaterial, als Fertigteilhaus oder konventionell – Stein auf Stein – geschaffen werden sollen. Auch Aussagen darüber, wo im Land Brandenburg besonders intensiv gebaut wird oder wo wenig oder kein Wohnungsbau stattfindet, lassen sich gewinnen.

Jeder, der bereits seinen Wunsch nach einem Haus in die Tat umgesetzt hat, weiß, dass vor dem Baubeginn neben solchen „Kleinigkeiten“ wie Baugrundstück, Finanzierung sowie der Entscheidung welches Haus und wie groß es werden soll, auch die notwendigen Bauunterlagen bei der Bauaufsicht einzureichen sind. Wenn dann grünes Licht, in Form des Stempels unter der Baugenehmigung, zur Realisierung des lang gehegten Wunsches gegeben wird, erhält auch die Statistik Kenntnis von diesem Bauvorhaben. Im Rahmen von weiteren Statistiken, die auf späteren Informationen der Bauherren an die Bauaufsichtsbehörden beruhen, beobachtet die Statistik die Realisierungstappen des Hauses bis zur Bezugsfertigstellung. Mit der Registrierung der Fertigstellung des Hauses und den ebenfalls ermittelten Bauabgängen in einer Gemeinde wird einmal im Jahr der amtliche Wohnungs- und Wohngebäudebestand für alle Gemeinden des Landes berechnet. Da all die vorgenannten Statistiken recht gut das Baugeschehen im Land widerspiegeln, sind sie natürlich als wichtige Datenbasis in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung stark gefragt. Sie beeinflussen als Planungsdaten unmittelbar Entscheidungen der Verwaltungen für die Bürger in den Kommunen. Die Daten werden natürlich nur ohne Name und Anschrift des Bauherrn und mit entsprechender Geheimhaltung bereitgestellt.

*Volksweisheiten
machen nur Arbeit.*



Handwritten signature or mark.



Nicht unerwähnt bleiben soll, dass nicht nur die Errichtung und bauliche Veränderung von Wohngebäuden, sondern auch die von Nichtwohngebäuden, wie zum Beispiel Schulen, Sporthallen, Krankenhäuser, Büro- und Betriebsgebäude, in die Beobachtung einbezogen werden.

Was hat sich nun seit 1995 im Baugenehmigungsgeschehen im Land Brandenburg vollzogen?

Im Land Brandenburg erteilten die Bauaufsichtsbehörden von 1995 bis 2000 für den Neubau von Wohn- und Nichtwohngebäuden sowie für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden insgesamt 122 377 Baugenehmigungen. Von den Bauherren wurden über 55 Milliarden DM Bauwerkskosten für diese Bauvorhaben veranschlagt. Die Bauwerkskosten beinhalten lediglich die Kosten für das Gebäude. Die Kosten für Baugrundstück, Gebühren und sonstiges mussten zusätzlich aufgebracht werden.



Den Löwenanteil nimmt der Neubau von Wohngebäuden ein. Dafür sprechen 89 431 Baugenehmigungen mit einem geplanten Kostenaufwand von knapp 33 Milliarden DM. Dadurch wurde der Bau von insgesamt 154 435 neuen Wohnungen auf den Weg gebracht und zusätzlich 14 494 147 m² neue Wohnfläche in Aussicht gestellt. Das ist mehr Wohnfläche, als die vier kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam als Summe im Wohnungsbestand am Ende des Jahres 2000 ausweisen. Neben den neuen Wohngebäuden genehmigten die Bauaufsichtsbehörden den Bau von 7 394 Nichtwohngebäuden. Dabei sollten 4 054 Wohnungen, beispielsweise die Wohnung des Hausmeisters einer Schule, mitgeschaffen werden.

Für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (z. B. den Ausbau eines Dachgeschosses mit Wohnungen) sind insgesamt 25 495 Baugenehmigungen ausgereicht worden. Die Zahl der dadurch vorgesehenen Wohnungen beziffert sich hierauf 16 131.

Neubau von Wohngebäuden bestimmt Baugeschehen im Land

Im Rahmen des gesamten Baugeschehens nimmt der Neubau von Wohngebäuden die zentrale Rolle ein. 1995 hatte der Wohnungsneubau mit 13 199 erteilten Baugenehmigungen ein recht hohes Niveau erreicht.

Von 1996 bis 1999 gingen im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik für den Wohnungsbau jährlich zwischen sechszehn- und achtzehntausend Baugenehmigungen, darunter vierzehn- bis über fünfzehntausend für Ein- und Zwei-

familienhäuser ein. Nach vier aufeinanderfolgenden Jahren hoher Baunachfrage kam es im Jahr 2000 regelrecht zu einem „Einbruch“ im Wohnungsneubau, folglich auch bei den Ein- und Zweifamilienhäusern als gefragteste Gebäudegruppe. Im Jahr 2000 wurden für neue Wohngebäude 4 331 weniger Baugenehmigungen erteilt als 1999. Speziell bei den Ein- und Zweifamilienhäusern ist vergleichsweise ein Minus von 4 260 Genehmigungen festzustellen. Eindeutig dominiert das Einfamilienhaus mit weit über dreiviertel der neuen Wohngebäude und neunzig Prozent der Ein- und Zweifamilienhäuser. Bei den Einfamilienhäusern wurde 1997 der Spitzenwert mit fast fünfzehntausend Genehmigungen erreicht. Während die Baugenehmigungen für Zweifamilienhäuser schon seit 1996 sowohl absolut als auch prozentual rückläufig sind, hielt das Interesse an einem Einfamilienhaus bis 1999 ungebrochen auf einem hohen Niveau an. Danach stellte sich hier allmählich eine Sättigung ein. Das Jahr 2000 steht nur noch mit 10 103 Genehmigungen zu Buche. Im Vorjahresvergleich bedeutet das ein Minus von 3 934 Fällen, das entspricht einem Minus von 28 Prozent.

Anders haben sich die Genehmigungszahlen für Mehrfamilienhäuser entwickelt. In den Jahren 1995 und 1996 wurden hierfür jeweils um die 2 000 Baugenehmigungen erteilt. Ein Jahr später ist schon eine Reduzierung der Anträge um ca. 500 festzustellen, und in den beiden Folgejahren 1998 und 1999 hat sich deren Zahl jeweils beinahe halbiert. Die Talfahrt begann 1996 mit 2 056 Bauanträgen, das sind von den genehmigten neuen Wohngebäuden nur etwa 13 Prozent, und setzte sich fort bis 2000 mit nur noch 323 Fällen, knapp drei Prozent. Auf Grund der relativ geringen Fallzahlen der genehmigten Mehrfamilienhäuser wird die Gesamtentwicklung durch die Ein- und Zweifamilienhäuser bestimmt.

Für die neuen Wohngebäude wurden in dem Zeitraum 1995 bis 2000 Bauwerkskosten von insgesamt 33 Milliarden DM veranschlagt. Dabei gehen auf das Konto der Einfamilienhäuser 20 Milliarden DM, der Zweifamilienhäuser drei Milliarden DM und der Mehrfamilienhäuser zehn Milliarden DM. Im Durchschnitt veranschlagte ein Bauherr 264 Tausend DM für sein Einfamilienhaus. Allerdings wurden 1995 noch Bauwerkskosten in Höhe von 281 Tausend DM veranschlagt. Sie gingen über die Jahre bis 1999 auf 255 Tausend DM zurück und stiegen im Jahr 2000 wieder leicht auf 259 Tausend DM an.

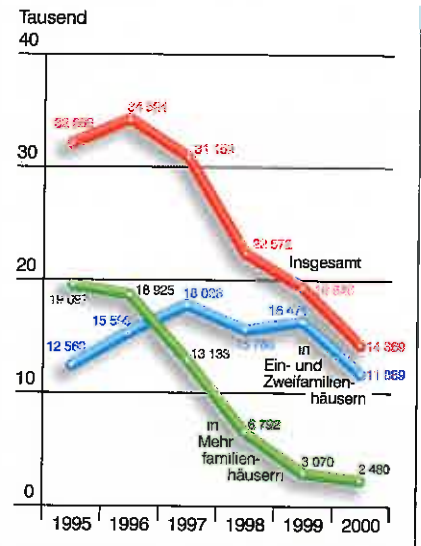
Baugenehmigungen für neue Wohngebäude 1995 bis 2000

Jahr	Wohngebäude insgesamt	Gebäude mit...Wohnungen			Anteil der Wohngebäude mit 1 Wohnung an Wohngebäuden insgesamt	Bauwerkskosten
		1	2	3 u. mehr		
		Anzahl			%	Mill. DM
1995	13 199	9 865	1 352	1 982	74,7	6 468
1996	16 084	12 457	1 571	2 056	77,4	7 007
1997	17 979	14 936	1 545	1 498	83,1	6 523
1998	15 200	13 144	1 318	738	86,5	4 987
1999	15 650	14 037	1 219	394	89,7	4 504
2000	11 319	10 103	893	323	89,3	3 347
Insgesamt	89 431	74 542	7 898	6 991	83,4	32 836

Etwas weniger kostete eine Wohnung in einem Zweifamilienhaus. Hier betragen die Baukosten für eine Wohnung durchschnittlich 205 Tausend DM. Auch hier ist ein Rückgang bei den Bauwerkskosten festzustellen. 1995 veranschlagten die Bauherren 214 Tausend DM und 1999 nur 195 Tausend DM je Wohnung im Zweifamilienhaus.

Von den eingangs genannten 154 435 neuen Wohnungen sollten 90 338 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern, das sind weit über die Hälfte (58,5 Prozent) der neuen Wohnungen gebaut werden. Die Entwicklung der genehmigten neuen Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern weist einen deutlich anderen Trend auf als in Mehrfamilienhäusern. 1997 wurden erstmals mehr

Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern als in Mehrfamilienhäusern genehmigt. Von 1995 bis 2000 sollten insgesamt 64 097 neue Wohnungen durch den Mehrfamilienhausbau geschaffen werden. In dem betrachteten Zeitraum ist bis 1998 bei dieser Gebäudeart ein stetiger Rückgang zu verzeichnen. Seit 1998 bleiben die Genehmigungszahlen auf einem niedrigen Niveau. Offensichtlich ist hier eine Sättigung eingetreten. Der Spitzenwert bei den genehmigten neuen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern liegt im Jahr 1995. Dennoch brachte 1995 und 1996 zunächst der Mehrfamilienhausbau mit 38 622 vorgesehenen Wohnungen (57,8 Prozent) den größten Anteil bei den genehmigten neuen Wohnungen.

Baugenehmigungen für neue Wohnungen (nach Art der Häuser)

Stein auf Stein oder Fertigteilbau

Bei der Entscheidung zwischen konventioneller Bauweise, Stein auf Stein oder Fertigteilbau geben die Bauherren Brandenburgs ersterem immer noch den Vorzug. Zu über 70 Prozent wird hierzulande konventionell nach dem Motto ein Stein, ein Kalk und natürlich wieder ein Stein gebaut. Für die 64 948 in konventioneller Bauweise geplanten Wohngebäude haben sich Durchschnittskosten von 434 DM je Kubikmeter umbautem Raum ergeben. Im Gegensatz zum konventionellen Bau werden Fertigteilbauten mit etwa 30 Prozent in deutlich geringerer Zahl von den Bauherren gewählt. Auch die durchschnittlichen Kosten je Kubikmeter umbautem Raum sind mit 461 DM relativ hoch und liegen deutlich über denen im konventionellen Bau. Man greift hierfür allem auf den Baustoff Holz zurück. Holzhäuser aus Fertigteilen errichtet, machen lediglich 21 Prozent aller neuen genehmigten Wohngebäude

Himmels-Pagode in Hohen Neuendorf (chinesisches Spezialitätenrestaurant).



Überwiegend verwendete Baustoffe im Wohnungsneubau und die Bauwerkskosten je m² umbautem Raum 1995 bis 2000

Bauart/Baustoff	Gebäude	Anteil an insgesamt	Rauminhalt	Bauwerkskosten	Durchschnittskosten
	Anzahl	%	1000 m ³	Mill. DM	DM/m ²
Land insgesamt	89 431	X	74 689	32 836	440
Konventionell insgesamt	64 948	72,6	59 296	25 737	434
dar. Ziegel und Mauerstein	60 697	67,9	54 693	23 690	433
Fertigteilbau insgesamt	24 483	27,4	15 392	7 099	461
dar. Holz	19 208	21,5	11 656	5 447	467

aus. Über die Gründe könnte hier nur spekuliert werden, da der Statistik diesbezüglich keine Daten vorliegen.

Art der Beheizung und vorwiegende Heizenergie

Als Heizungssystem nimmt die Zentralheizung mit Abstand und einem Anteil von über 90 Prozent der Heizungen in den neuen Wohngebäuden vorzugsweise einen festen Platz ein. Zweitrangig sind mit knapp fünf Prozent die Fernheizungssysteme. Der hohe Anteil Zentralheizungen resultiert aus der Dominanz der Ein- und Zweifamilienhäuser. Für Mehrfamilienhäuser scheinen Fernheizungen die geeignetsten zu sein. Als Energieträger hat sich von Jahr zu Jahr immer mehr Gas gegenüber Öl durchgesetzt. Die Zahl der Wohngebäude mit Gasheizung summiert sich in dem hier betrachteten Zeitraum auf 77 041. Ihr Anteil gegenüber anderen Heizenergien erhöhte sich von 81,6 Prozent im Jahr

1995 auf 90,0 Prozent im Jahr 2000. Umgekehrt verlief demzufolge die Entwicklung bei den Ölheizungen. Stellten sie 1995 doch noch fast elf Prozent dar, so lag ihr Anteil im Jahr 2000 nur noch bei gut drei Prozent. Hauptgrund dafür dürfte neben Kostengründen auch der zusätzlich beanspruchte Raum der Öltanks sein. Nicht nennenswert und kaum noch als Energieträger für neue Wohngebäude genutzt werden Koks und Kohle. Heizsysteme mit Wärmepumpe und die Solarenergie haben sich anteilig nur geringfügig durchgesetzt. Wie viel der einzelnen Heizungsarten und Heizenergien in den zurückliegenden sechs Jahren verwendet werden sollten, geht aus den Angaben in untenstehender Tabelle hervor.

Wer lässt in Brandenburg bauen?

Diese Frage lässt sich klar beantworten. 1995 bis 2000 wurden zwei Drittel aller

neuen Wohngebäude, das sind über 58 000 Wohngebäude für private Haushalte (Familien und Personen, die Bauvorhaben auf private Rechnung in Auftrag geben) zur Bauausführung freigegeben. Bei über einem Viertel der neuen Wohngebäude, 23 500 Häuser traten Wohnungsunternehmen als Bauherren auf. Der Rest verteilt sich auf übrige Bauherren.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der Verteilung der Wohnungen nach Bauherren. Durch private Haushalte wurden für 74 690 Wohnungen (48,4 Prozent) und für Wohnungsunternehmen 59 111 Wohnungen (38,3 Prozent) genehmigt. Obwohl die Wohnungsunternehmen 55 Prozent der neuen Mehrfamilienhäuser und 60 Prozent der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern bauen ließen, konnten sie die weitaus höhere Zahl der Wohnungen aus privaten Haushalten, deren Schwerpunkt Ein- und Zweifamilienhäuser sind, bei weitem nicht erreichen. Dadurch wird noch einmal deutlich, welcher hohen Stellenwert die privaten Haushalte bei den Ein- und Zweifamilienhäuser einnehmen.

Weitergehende Informationen darüber, woher der Bauherr stammt, kann aus dieser Statistik nicht ermittelt werden. Die Anschrift des Bauherren ist zwar bekannt, darf aber als Hilfsmerkmal nicht ausgewertet werden.

Betrachtet man die regionale Verteilung der Baugenehmigungen, dann wird ersichtlich, dass die in der Nähe von Berlin gelegenen Städte und Gemeinden überproportional durch den Wohnungsbau

Heizungsarten und Energieträger in neuen Wohngebäuden 1995 bis 2000

Jahr	Gebäude	Heizungsart			Heizungsenergie					
		darunter			darunter					
		Zentral- heizung	Fern- heizung	Etagen- heizung	Gas	Öl	Wärme- pumpe	Koks, Kohle	Solar- energie	
	Anzahl									
1995	13 199	12 015	777	216	10 764	1 395	72	19	4	
1996	16 084	14 541	847	340	13 575	1 305	105	15	6	
1997	17 979	16 521	849	385	15 639	1 084	112	11	12	
1998	15 200	14 080	726	158	13 209	862	125	13	12	
1999	15 650	14 436	823	168	13 666	669	148	16	5	
2000	11 319	10 720	340	114	10 188	383	131	16	5	
1995 bis 2000	89 431	82 313	4 362	1 381	77 041	5 698	693	90	44	
	Prozent									
	1995	100	91,0	5,9	1,6	81,6	10,6	0,5	0,1	0,0
	1996	100	90,4	5,3	2,1	84,4	8,1	0,7	0,1	0,0
	1997	100	91,9	4,7	2,1	87,0	6,0	0,6	0,1	0,1
	1998	100	92,6	4,8	1,0	86,9	5,7	0,8	0,1	0,1
	1999	100	92,2	5,3	1,1	87,3	4,3	0,9	0,1	0,0
	2000	100	94,7	3,0	1,0	90,0	3,4	1,2	0,1	0,0
	1995 bis 2000	100	92,0	4,9	1,5	86,1	6,4	0,8	0,1	0,0

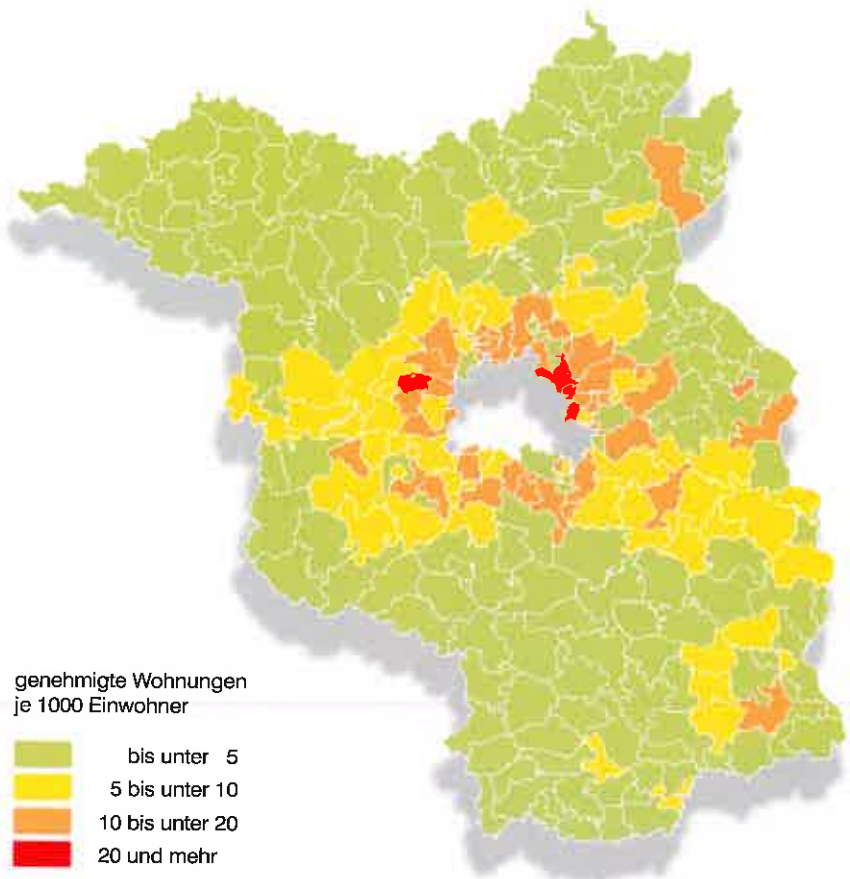
profitierten. Das lässt die gesicherte Vermutung zu, dass hier auch der aufgestaute Bedarf von Berliner Bürgern nach einem Haus im Grünen realisiert werden soll.

Entwicklung im engeren Verflechtungsraum – Kernpunkt des Baugeschehens

Der engere Verflechtungsraum ist Teil des gemeinsamen Planungsraumes der Länder Berlin und Brandenburg und wird aus Berlin und dem zusammenhängenden Teilraum des Landes Brandenburg gebildet, der strukturell am engsten mit dem Land Berlin verbunden ist. Im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung beider Länder sind die zugehörigen Städte und Gemeinden festgelegt. Er umfasst im Land Brandenburg etwa 15 Prozent der Fläche, 36 Prozent der Bevölkerung und 17 Prozent der Gemeinden des Landes Brandenburg. Am Jahresende 2000 gehörten 247 Städte und Gemeinden dazu. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf den Brandenburger Teil dieses Planungsraumes.

Für neue Wohngebäude erteilten die Bauaufsichtsbehörden von 1995 bis 2000 im engeren Verflechtungsraum insgesamt 56 260 Baugenehmigungen mit 101 970 Wohnungen. Weit über die Hälfte (62,9 Prozent) aller neuen Wohngebäude und fast zweidrittel (66,0 Prozent) aller neuen Wohnungen im Land Brandenburg sind im engeren Verflechtungsraum genehmigt worden. Demzufolge wird diese Region Brandenburgs wohl auch berechtigter Weise als „Speckgürtel“ bezeichnet. An finanziellen Mitteln wurden von den Bauherren, in erster Linie Berliner und Brandenburger, 21 Milliarden DM Baukosten für diese Bauvorhaben veranschlagt. Das sind 64,8 Prozent aller veranschlagten Baukosten für neue Wohngebäude in diesem Zeitraum im Land. Von diesen 21 Milliarden werden 14 Milliarden DM, das heißt zwei Drittel für den Bau von 51 134 Ein- und Zweifamilienhäusern aufgewendet. Bezogen auf den Landeswert in der betrachteten Zeitachse sind das 42,8 Prozent. Damit sollen 46 578 Ein- und 4 556 Zweifamilienhäuser mit 55 690 neuen Wohnungen geschaffen werden. Das sind fast so viele Einfamilienhäuser wie die Kreise Oberhavel und Barnim gegenwärtig insgesamt an Einfamilienhäusern aufweisen.

Genehmigte Wohnungen in neuen Wohngebäuden je 1000 Einwohner im Land Brandenburg 2000 nach Ämtern, amtsfreien Gemeinden und kreisfreien Städten



Entwicklung im äußeren Entwicklungsraum

Wer durch das Land fernab der Landeshauptstadt, außerhalb des Speckgürtels, in Gebiete des äußeren Entwicklungsraumes fährt, dem entgehen viele neu entstandene Wohnhäuser nicht. In den Städten und Gemeinden des äußeren Entwicklungsraumes, wie dieser Planungsraum amtlich bezeichnet wird, erteilten die Bauaufsichtsbehörden insgesamt 33 171 Baugenehmigungen für 52 465 Wohnungen. 31 306 Ein- und Zweifamilienhäuser mit insgesamt 34 648 Wohnungen sollten entstehen. Wie nicht anders in kleinstädtischen und dörflichen Kommunen zu erwarten, erhält auch hier das Einfamilienhaus den Vorzug. Dafür wurden 27 964 Genehmigungen erteilt, das sind 84,3 Prozent der neuen Wohngebäude im äußeren Entwicklungsraum.

Bei allen sichtbaren Bauaktivitäten entfällt aber lediglich etwas mehr als ein

Drittel, 37,1 Prozent der im Land Brandenburg genehmigten Ein- und Zweifamilienhäuser, auf diese Region. Das heißt, sie trägt ihren Namen äußerer Entwicklungsraum zu Recht.

Das beschriebene, unterschiedliche Niveau im Baugeschehen des engeren Verflechtungsraums und äußeren Entwicklungsraums verdeutlicht die beigefügte Karte mit den genehmigten Wohnungen je 1 000 Einwohner im Jahr 2000. Dargestellt sind Ämter, kreisfreie Städte und amtsfreie Gemeinden. Durch diese kartografische Darstellung wird deutlich vor Augen geführt, dass sich das Baugeschehen rund um Berlin abspielt. Es wird auch ersichtlich, dass weiter entfernt von Berlin auch noch recht intensive Wohnungsbauaktivitäten zu erwarten sind. Eine deutliche Bauaktivität findet im Umland der kreisfreien Städte statt. Schön ersichtlich in Cottbus und Umgebung, wo Cottbusser ihren Wunsch nach einem Haus verwirklichen wollen.

Christel Stage

Internet-Nutzung im LVN

Zulässigkeit „aktiver Elemente“

Als „aktive Elemente“ innerhalb des WWW sind JAVA, JavaScript und ActiveX bekannt und im Internet verbreitet. Durch die Verwendung „aktiver Elemente“ steigt aber auch das Sicherheitsrisiko.

Um den Umgang mit den „aktiven Elementen“ beim Internetzugang über das LVN zu regeln, wurde vom IMA-IT eine Arbeitsgruppe eingesetzt. In der Arbeitsgruppe – unter Leitung des LDS – waren sowohl Anwender als auch ein Vertreter des Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg (LDA), um einen Kompromiss zwischen Nutzer- und Sicherheitsinteressen zu erzielen. Die Arbeitsgruppe kam zu folgenden Ergebnissen:

Zu JAVA

- zunehmende Bedeutung (digitale Signatur, Chipkarte, e-government, WebAccess, Informationsbereitstellung im Internet)
- Bedeutung für Open Source
- zulässig für Behörden im LVN nach Vorliegen bestimmter Sicherheitsvoraussetzungen

Zu JavaScript

- weitgehende Verbreitung im Internet
- zulässig für Behörden im LVN
- nach Vorliegen bestimmter Sicherheitsvoraussetzungen

Zu ActiveX

- bisher überwiegen die Sicherheitsbedenken (siehe IMA-IT-Protokoll, 79. Sitzung)
- Sperrung auf der zentralen Firewall sollte beibehalten werden

Auf Grund der Vorschläge der Arbeitsgruppe wurde vom IMA-IT folgender Beschluss gefasst (Beschluss Nr.82-4; siehe auch <http://www.lidsb.de/sixcms/detail.php?id=471>):

JAVA

- JAVA ist eine objektorientierte Programmiersprache.
- Sie bietet die Möglichkeit, Stand-Alone-Anwendungen (JAVA-Applikationen) sowie WWW-Anwendungen (JAVA-Applets) zu schreiben.
- JAVA verfügt über ein integriertes Sicherheitssystem (Sandbox-System).
- Angriffe bisher nur durch Browser-Implementierungsfehler.
- Gegenmaßnahmen: Abschalten auf der Firewall oder im Browser (fraglich durch Nutzereinfluss)
Verwendung von Browsern mit sauber implementierter JVM

Zu JavaScript

- Skriptsprache, die direkt in die HTML-Seiten eingebettet und über einen Interpreter ausgeführt wird
- Motivation für JavaScript war die Unzulänglichkeit der vorhandenen Techniken (HTML und CGI) für Benutzer-Interaktivitäten
- Zugriff auf Dateisysteme ist nicht möglich
- Ausforschen von Nutzern und Systemüberlastung möglich
- Gegenmaßnahmen: Abschalten auf der Firewall oder im Browser neuste Browserversion

Zu ActiveX

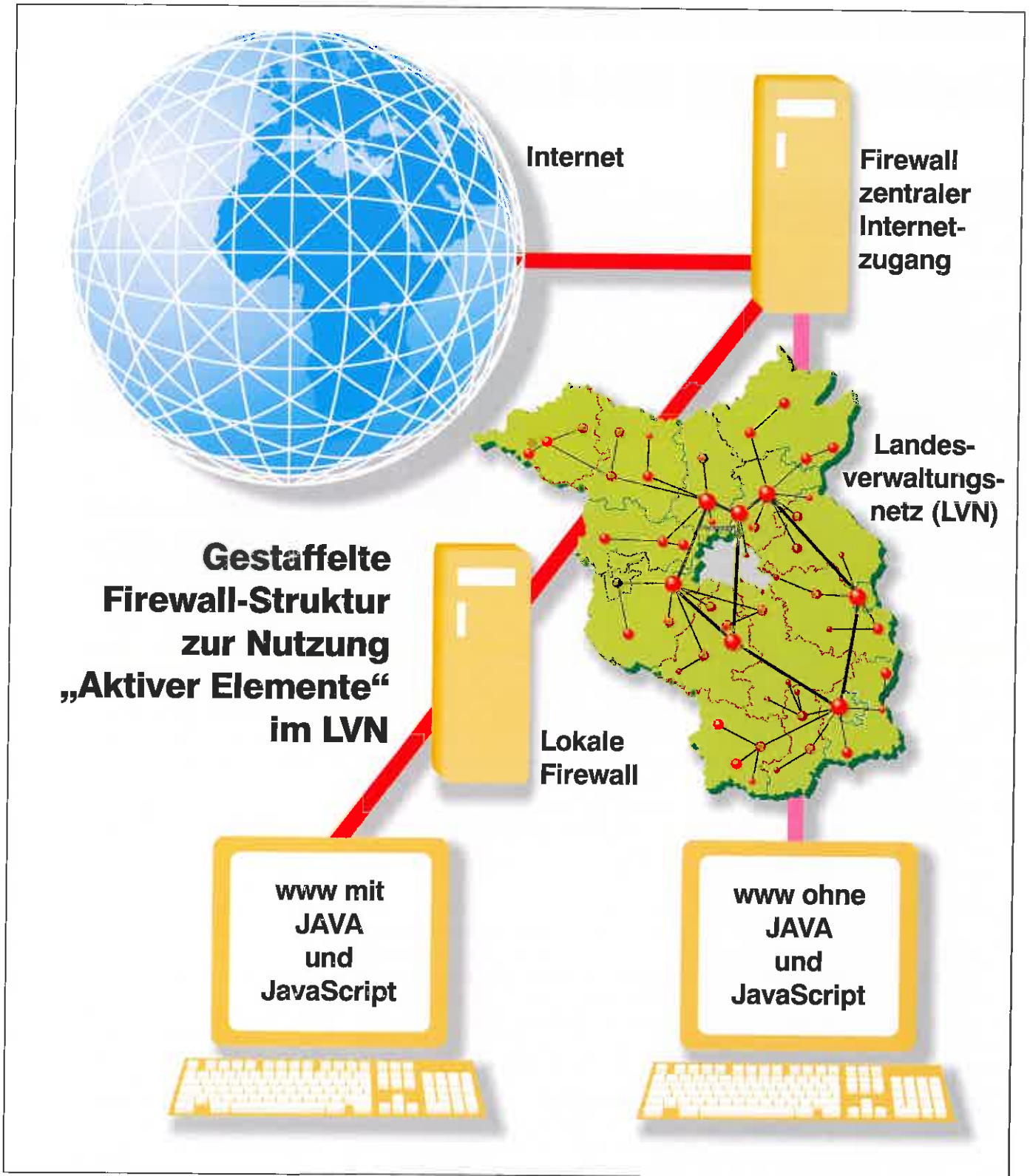
- ActiveX ist eine Entwicklung der Firma Microsoft und arbeitet mit Windows-Anwendungen im Internet/Intranet.
- Keine eigene ActiveX-Sicherheitsarchitektur (nur über Zertifikate).
- Installieren und Ausführen von malicious code möglich (z. B. Manipulation von MS-Quicken durch CCC)
- Gegenmaßnahmen: Abschalten auf der Firewall
Abschalten im Internet-Explorer oder hohe Sicherheitsstufe
Verwendung von Netscape-Browser

Verwendung „Aktiver Elemente“ bei Internetnutzung über den zentralen Zugang im LVN

- Die Verwendung von JAVA und JavaScript ist zulässig unter den Voraussetzungen:
 - Vorliegen eines IT-Sicherheitskonzeptes auf Grundlage des Grundschutzhandbuches des BSI
 - Schutz der im IT-Sicherheitskonzept festgestellten sensiblen Verfahren (Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Schutzstufe C nach Schutzstufenkonzept des LDA) auch im lokalen Bereich durch starke Verschlüsselung

- Einsatz einer lokalen Firewall am LVN-Zugang (dabei erfolgt dann dort die Nutzerfilterung, während auf der Firewall am zentralen Internetzugang das gesamte Netzsegment freigeschaltet wird).
- Die Verwendung weiterer aktiver Inhalte (ActiveX, Plugins usw.) ist nicht zulässig.
- Auf der Firewall des zentralen Internetzuganges im LVN werden unzulässige aktive Inhalte entsprechend den technischen Möglichkeiten gefiltert (derzeit ActiveX). Die Verwendung von weiteren unzulässigen aktiven Inhalten ist durch lokale Sicher-

*) aus historischen Gründen bleibt bis 31.03.2002 für alle LVN-Nutzer JavaScript zulässig



heitsmaßnahmen zu unterbinden. Die Verwendung zulässiger aktiver Inhalte ist nach einer Kommunikationsanalyse ebenfalls lokal abzusichern. Als Handlungsleitfaden hierfür dient die von der Konferenz der

Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder erstellte „*Orientierungshilfe zu Datenschutzfragen des Anschlusses von Netzen der öffentlichen Verwaltung an das Internet*“ in der aktuellsten Fassung.

- WWW-Seiten-Entwickler für Internetpräsentationen werden aufgefordert, Alternativangebote zusätzlich bereitzustellen, die auch ohne die Verwendung von aktiven Inhalten dargestellt werden können. *Oliver Wege*

Probleme erkennen und zielgerichtet Unterstützung leisten

Controlling im LDS

Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) ist zentraler IT-Dienstleister für die Verwaltung des Landes Brandenburg und nimmt, als Statistikzentrum, Aufgaben der amtlichen Statistik für das Land Brandenburg und dessen Regionen sowie für den Bund und Europa wahr.

Mit der Betriebsgründung wurde zum 01.01.2001 die Struktureinheit Controlling im LDS aufgebaut. Für den Aufbau der Controllingstelle wurde ein Mitarbeiter neu eingestellt, zwei weitere sind für diesen Aufgabenbereich aus den eigenen Reihen des LDS vorgesehen. Die Controllingstelle wurde in der Struktur des LDS direkt beim Präsidenten des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik angesiedelt. Der folgende Beitrag berichtet über erste Arbeitsschritte zum Controlling.

Der Landesbetrieb soll sich zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen entwickeln, das seine Leistungen kundenorientiert und bedarfsgerecht erbringt. Der wirtschaftliche Aspekt bei der Leistungserbringung ist zunehmend entscheidend. Welchen Beitrag leistet dazu ein Controlling? Wie wird Controlling in die Arbeitsprozesse des LDS eingebunden? Welche konkreten Zielstellungen hat das Controlling kurz- und mittelfristig zu realisieren? Nur einige Aspekte, die es im Arbeitsalltag Controlling konkret zu beantworten galt und gilt.

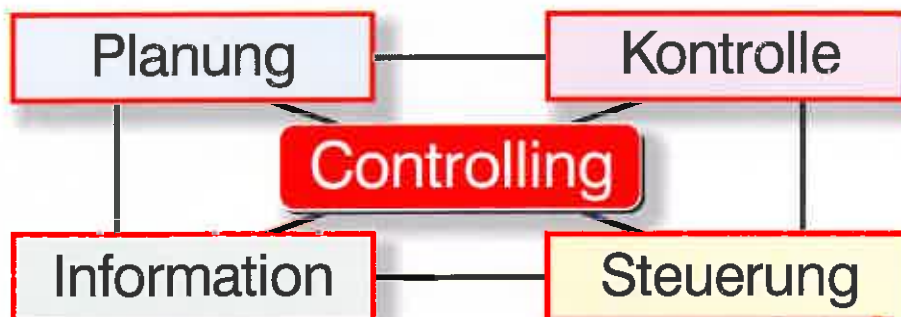
In der Startphase war es wichtig zuzuhören, Fragen zu stellen und sich einen Eindruck von der Gesamtsituation zu verschaffen. Wichtig für die Arbeit des Controllers ist, dass er die Probleme, Aufgaben und Erwartungen der unterschiedlichen Leitungsebenen versteht. Nur wenn man diese Probleme und Aktivitäten kennt, kann man mit dem Controlling zielgerichtet Unterstützung leisten.

In Arbeitsberatungen mit dem Präsidenten und den Abteilungsleitern wurden vielfältige Arbeitsaufgaben an den neuen Bereich herangetragen. Das Spektrum reichte von der Kosten- und Leistungsrechnung über das Qualitätsmanagement bis hin zum Personalentwicklungskonzept. Ausgehend von theoretischen Ansätzen, wurden daraus die

ersten Aufgabenschwerpunkte für das Controlling erarbeitet.

Controlling setzt ein ständiges Denken in einem Regelkreis voraus. Die einzelnen Funktionen stehen miteinander in Verbindung und können nicht getrennt betrachtet werden.

- Es ist zunächst eine Vollkostenrechnung auf Istkostenbasis aufzubauen.
- In einer späteren Ausbauphase muss das System für die Konzipierung von Plankostenrechnungen offen sein.
- Es sind nachvollziehbare und trans-



Die Richtigkeit von Entscheidungen hängt von der Qualität führungsrelevanter Entscheidungsgrößen ab. Adressatengerechte, aktuelle, schnelle und koordinierte Bereitstellung von Informationen sowie die Analyse und Interpretation daraus resultierender Daten gehören zu den Aufgaben des Controlling. Als Voraussetzung dazu muss der Controller den Betrieb von Informationssystemen gewährleisten, Informationen systematisch erfassen, aufbereiten und bereitstellen.

Der LDS führte zum 01.01.2002 die kaufmännische Buchführung ein und damit im Zusammenhang musste das bestehende Kostenrechnungssystem neu strukturiert werden. Daraus leitete sich die Hauptaufgabe des Controllingbereiches im vergangenen Geschäftsjahr ab – die inhaltliche Konzeption der Kostenrechnung bis hin zur Integration in der Software SAP.

Daten aus der Kostenrechnung sind kein Selbstzweck, es soll damit gearbeitet werden. Das ist Grundvoraussetzung bei der konzeptionellen Arbeit. Deshalb stellte das Controlling in den Dezernatsleiterbesprechungen der Abteilungen die Frage: „Welche Anforderungen haben sie an eine Kostenrechnung?“ Ein wichtiger Schritt, um Nutzensgewinn und Akzeptanz der Kostenrechnung zu erreichen. Die Ergebnisse finden sich im Grobkonzept wie folgt wieder:

parente Verrechnungsstrukturen aufzubauen.

- Es müssen Kosten- und Erlösbeachtungen auf Produkt- und Produktgruppenebene möglich sein.
- Die Kostenrechnung soll Grundlage von (internen und externen) Kalkulationen sein.
- Die Kostenrechnung soll periodische (monatliche) Ergebnisse liefern, die an einem bestimmten Zeitpunkt vorliegen.
- Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung sind Elemente der Kostenrechnung.

Gemeinsam mit der Firma PWC Unternehmensberatung GmbH erarbeitete der LDS gerade die inhaltliche Feinkonzeption und setzte diese zeitgleich in der Software SAP um. Anspruchsvolle Ziele in einem sehr kurz gefassten Zeitraum, denn ab 01.01.2002 wurde das neue Kostenrechnungssystem wirksam.

Damit stehen ab 2002 Daten aus der Kostenrechnung und der Finanzbuchhaltung zur Verfügung. Ein wichtiger Meilenstein in der Arbeit des Bereiches – der Aufbau einer der wesentlichen Datenbanken – ist dann abgeschlossen. Daran anknüpfend muss durch den Controllingbereich ein Berichtswesen initiiert und organisiert werden, das den kontinuierlichen Überblick über die „Lage“ des Landesbetriebes sichert.

Oft führt der Begriff „Kontrolle“ zu einem völlig falschen Bild. Es entsteht der Eindruck, dass die einzelnen Mitarbeiter in ihrer Arbeit beobachtet und beurteilt werden. Das ist nicht Aufgabe eines Controllers. Kontrolle bedeutet, die Arbeit im gesamten Unternehmen wird daraufhin „überprüft“, ob Planvorgaben eingehalten werden, um vorgegebene Ziele zu erreichen. Dazu ist ein systematischer informationsverarbeitender Prozess notwendig, der in einem beurteilenden Vergleich zwischen relevanten Größen mündet.

Der Controllingbereich im LDS wird die Daten in der Kostenrechnung auf Inhalte und Plausibilitäten prüfen müssen, um ggf. daraus Abweichungsursachen zu erkennen und gemeinsam mit den Fachbereichen Korrekturmaßnahmen abzuleiten. Nur richtige und sinnvolle Zahlen sind führungsrelevante Informationen, die zielgerichtet unterstützen können.

Die bessere Lenkung und Steuerung des Landesbetriebes wird erst möglich, wenn Ziele vorgegeben sind. Nur dann kann eine Unternehmensleitung zielorientierte Entscheidungen treffen, die langfristig gewünschte Erfolge bringen. Es wird die Aufgabe des Controllings sein, diesen Zielfindungsprozess in Gang zu setzen. Dazu gehört auch die Erarbeitung von Plänen deren Kontrolle und Überwachung. Der Controllingbereich hat sich das Ziel gesetzt Ende 2002 den Planungsprozess im Landesbetrieb in Angriff zu nehmen.

Der Ausschuss für Verwaltungsoptimierung hat in seiner Sitzung am 18. Juli 2001 beschlossen, die Anstrengungen auf dem Gebiet des Qualitätsmanagements zu verstärken. In diesem Zusammenhang wurde vom Innenministerium das geplante Pilotprojekt „Qualitätsmanagement im LDS“ benannt. Diese

Projektarbeit wird federführend vom Controlling begleitet werden.

Wie bereits erwähnt, ist der ständige Dialog mit den Fachabteilungen eine wichtige Grundlage für die Arbeit des Controllers. Den Fachabteilungen des LDS ist der jeweils für sie verantwortliche Controllingmitarbeiter benannt worden. Er nimmt an den Beratungen mit den Dezernatsleitern und Gruppenleitern teil, um Fachprobleme und Arbeitsabläufe besser zu verstehen und gesamtbetriebliche Betrachtungen in Diskussionen einzubringen. In wöchentlichen Gesprächen des Präsidenten des Landesbetriebes mit dem Leiter Controlling werden aktuelle Sachverhalte erörtert. Es gibt kein Rezept für die Einführung des Controllings, denn jeder Betrieb, jede Verwaltung hat eigene Strukturen, Kernbereiche und Prioritäten.

Roswitha Pupka

NEUE BÜCHER



Access 2000 programmieren Professionelle Anwendungsentwicklung mit Access und VBA

Ralf Albrecht, Natascha Nicol
Gebundene Ausgabe – 1136 Seiten –
Addison-Wesley
Erscheinungsdatum: 15. Juli 2000
Auflage: 2. Aufl.
ISBN: 3827315476
Preis: ca. 50 EUR

Nutzer und Datenbankprogrammierer, die mit Access vertraut sind und die Programmierumgebung von Access kennenlernen möchten, finden hier die vielfältigen Möglichkeiten erläutert, die Access zur Erstellung von Datenbankanwendungen bietet.

Ich empfehle dieses Buch jedem, der sich mit der Benutzung von Access 2000 auskennt und nun selber leistungsfähige Anwendungen entwickeln möchte. Themen sind u. a. SQL, VBA, diverse Objektmodelle sowie professionelle Anwendungsfelder wie Access-Projekte, OLE-Automatisierung etc.

Das Buch bleibt auch bei komplexen Zusammenhängen stets anschaulich, übersichtlich und sehr verständlich und wird durch Anwendungsbeispiele ergänzt.

Es werden sämtliche Neuheiten ausführlich beschrieben und kommentiert. Sehr gut ist auch die beiliegende CD, die außer den Beispielen zu den einzelnen Themen auch noch einige andere Beispiele und sogar Add-Ins enthält.

Ilka Borgies

IMPRESSUM

Impressum



Herausgeber: Landesbetrieb für
Datenverarbeitung
und Statistik
Land Brandenburg
Dortustraße 46,
14467 Potsdam
Telefon: 0331 39-463,
Telefax: 0331 39-418
E-Mail: info@lds.
brandenburg.de
Internet: www.brandenburg.de/lds

Schriftleitung: Fritz W. Ebert
Stellvertreter: Ina Hergert
Redaktion: Torsten Haseloff,
Birgit Merten,
Maritta Otte,
Sabine Reichert,
Doreen Scheeder,
Wilfried Schenk,
Brigitte Thein

ISSN: 1430-2071
Auflage: 1.500
Bezugspreis: 2,50 EUR pro Heft
daten & fakten erscheint halbjährlich
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Quellenangabe gestattet!
*Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung des
Herausgebers wieder.*

Die bunte Welt der Zahlen

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts scheint es einfach wie nie zu sein, an Informationen zu kommen. Fernseher, Radiostationen und Zeitschriften liefern das Neueste vom Tage und eingehende Analysen gleich mit, während das Internet mit einer kaum noch zu erfassenden Menge von Daten in die unendlichen Weiten der vernetzten Welt lockt.

Um einer Orientierungslosigkeit zwischen all diesen Angeboten entgegenzuwirken, werden Informationszentren immer wichtiger – und das nicht nur auf Flughäfen und in Tourismus-Metropolen. Und allzu oft ist es in der grellbunten Medienwelt auch nötig, die Informationen von Überinterpretationen zu entschlacken, um sie als Tatsachen an sich wieder zu erkennen.

Vor allem statistische Erhebungen, wie sie in modernen Staaten regelmäßig durchgeführt werden, können eine Grundlage für selbständiges objektives Nachforschen sein. In der Bundesrepublik Deutschland gibt jedes einzelne Bundesland regelmäßig statistische Veröffentlichungen heraus. Hinzu kommen die Erhebungen auf Bundesebene. Solche Statistiken beschäftigen sich mit weitaus mehr als mit den traurigen Arbeitslosenzahlen. Ob nun die Anzahl aller Studierenden oder die der deutschen Campingplätze, für die statistischen Erhebungen sind alle Bereiche der Gesellschaft, egal ob Wirtschaft, Kultur oder Bildung, es wert in Zahlen ausgedrückt zu werden.

Jeder Bürger und jede Bürgerin hat das Recht, die „trockenen“ Zahlen einzusehen, die ganz schnell enorm spannend werden, wenn man ein bestimmtes Erkenntnisinteresse verfolgt. So sind es nicht nur Politiker und Firmen, die professionell mit Zahlen jonglieren, sondern oft auch Studenten oder private Verbände, die nach Argumenten für ihre jeweiligen Vorhaben in den Zahlen suchen.

Jedes Bundesland verfügt über ein Statistisches Landesamt, deren statistische Erhebungen in ihren Informationseinrichtungen zur öffentlichen Einsichtnahme zur Verfügung stehen.

Im Land Brandenburg ist der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik im ehemaligen Potsdamer Rechenzentrum, einem Neubaurelik aus DDR-Zeiten, in der Dortustr. 46 untergebracht. Seit 1991 existiert dort eine eigene Infor-

mationsstelle/Bibliothek, die aufgrund ihres fachlich spezialisierten Bestandes – hauptsächlich unkonventionelle Informationen, die nicht im Buchhandel erhältlich sind – zu den wissenschaftlichen Spezialeinrichtungen gehört. Zunächst dient diese Behördeneinrichtung den ca. 570 Mitarbeitern des LDS BB mit den Standorten Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) als Informationsstelle. Für die Öffentlichkeit werden hier einmalig im Land Brandenburg die statistischen Veröffentlichungen des Bundes und der Länder, sowie die Publikationen der ehemaligen DDR zur Verfügung gestellt. Es besteht zudem ein ständiger Schriftenaustausch zwischen den einzelnen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt. Ebenfalls als Novum sind die Publikationen der Statistik Austria, Bundesanstalt Statistik Österreich in dieser Informationseinrichtung vorhanden. Die Veröffentlichungen des LDS BB liegen aber auch in der Stadt- und Landesbibliothek und im Landeshauptarchiv vor.

Ca. 50 000 Exemplare umfasst der Bestand im LDS BB.

Die Erfassung der Informationsquellen erfolgt mit dem Bibliotheksverwaltungssystem LARS II. Es gibt keinen konventionell geführten Katalog, der gesamte erfasste Bestand ist mittels EDV bearbeitet.

Die Informationsstelle/Bibliothek ist eine Präsenzeinrichtung, das heißt, es kann keine Literatur extern ausgeliehen werden. Aber die statistischen Informationsquellen stehen zur Einsichtnahme bereit.

Um sich zwischen den vielen Informationen zurechtzufinden, stehen den Ratsuchenden zwei Mitarbeiterinnen zur Verfügung, die gut trainiert darin sind, auch für die ungewöhnlichsten Nachfragen eine statistische Erhebung ausfindig zu machen. Durch die organisatorische und räumliche Zusammenlegung der Informationsstelle mit dem Auskunftsdienst und dem Verkauf (Informations-Service) wurde eine optimale Lösung für die Informationsbedarfsabdeckung der Öffentlichkeit geschaffen. Im Auskunftsdienst können die Veröffentlichungen des LDS erworben werden und darüber hinaus gehende Statistiken angefordert werden.

Die Leiterin der Informationsstelle/Bibliothek, Brigitte Thein, ist studierte

Fachinformatikerin – ein Abschluss, den sie vor dem „ein-Computer-pro-Kopf-der-Bevölkerung“-Zeitalter erwarb und der eine spezielle Ausbildung für gezielte Informationsrecherche ist. Ihre Mitarbeiterin, Anke Schäfer, hat 15 Jahre in der Statistik gearbeitet.

Zwei Frauen also, bauten vor zehn Jahren diese Einrichtung aus dem Nichts auf. Anfänglich genügte ein kleines Büro, doch längst nimmt die Informationsstelle mehr als drei Räume in Anspruch. Inmitten der Regale sind auch sonnige und ruhige Arbeitsplätze für die zahleninteressierten Gäste eingerichtet.

Ein Mikrofiche-Gerät ermöglicht das Lesen und Rückvergrößern auf Papier von z. B. einem Bundesgesetzblatt aus dem Jahre 1949. Ein Kopiergerät erlaubt es gegen einen Obolus, dass nicht alle Zahlenreihen und Tabellen mühselig abgeschrieben werden müssen. Und auch mit Kopien vom „Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft“ zum Beispiel wird bei Bedarf ausgeholfen.

Sollten tatsächlich so ungewöhnliche Daten gesucht werden, die in den Potsdamer Regalen nicht vorhanden sind, dann braucht niemand zu verzweifeln. Die emsigen Frauen haben die Informationsstelle in ein Netzwerk von ähnlichen Einrichtungen eingegliedert und nutzen diese Kontakte, um den Informationssuchenden doch noch die gewünschte Zahl zu besorgen.

Umgekehrt verweisen auf diesem Wege zahlreiche Einrichtungen, Bibliotheken, Universitäten u. a. gern auf ihre Potsdamer Kolleginnen.

Bislang nutzen jährlich ca. 350 externe Interessierte die Informationsstelle. Wenn sich der komplexe und kompetente Service der Einrichtung herumspricht, dann werden es sicher noch mehr.

Helen

Informationsstelle/Bibliothek

14467 Potsdam, Dortustraße 46,

linker Seiteneingang

Montag–Donnerstag, 9.00–15.00 Uhr

Freitag 9.00–14.00 Uhr

Es können auch individuell Termine vereinbart werden unter

Tel.: 0331/39 444/-616

Fax: 0331/39 418

E-Mail: Brigitte.Thein@lds.brandenburg.de oder Anke.Schaefer@lds.brandenburg.de

Eine neue Art der Volkszählung wird erprobt:

Der Zensustest

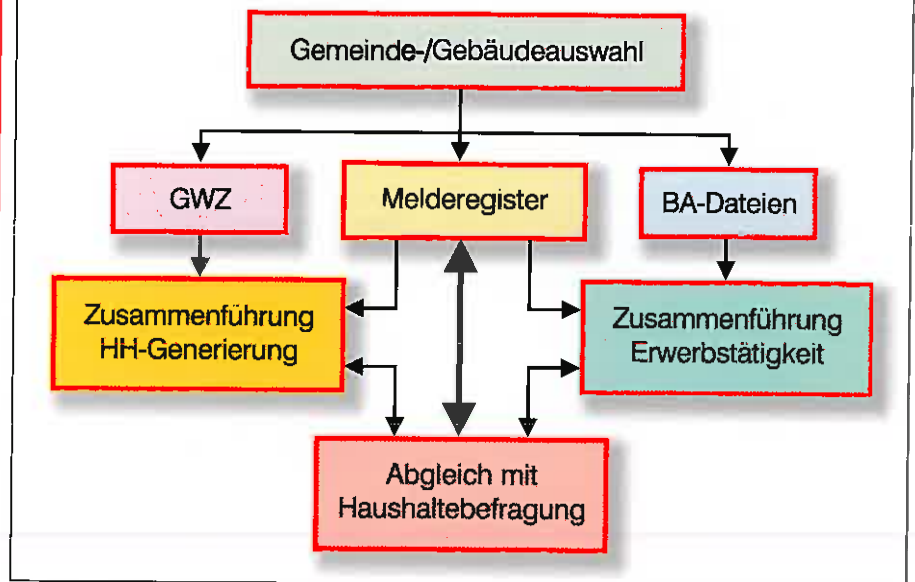
In den alten Bundesländern ist seit 1987 und in den neuen seit 1991 keine Volkszählung mehr durchgeführt worden. Bereits 1995 fand in den neuen Ländern eine Gebäude- und Wohnraumzählung statt. In Anbetracht der umfassenden und sehr schnellen Veränderungen der letzten zehn Jahre in Deutschland ist dies kein wünschenswerter Zustand. Nach langer Diskussion und mehrfachen inhaltlichen Veränderungen ist die Erprobung eines neuen Weges zur Volkszählung in ein Gesetz gekleidet geworden. Eine wichtige Entscheidung. Die Zeit der Diskussionen ist zu Ende, praktische Schritte und zwar synchron in allen Bundesländern und im Statistischen Bundesamt werden in einem engen Zeitrahmen folgen.

Am 27.07.2001 wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Vorbereitung des registergestützten Zensus (Zensusvorbereitungsgesetz) mit der Unterschrift des Bundespräsidenten zum Gesetz. Es heißt jetzt laut Artikel 1: „Gesetz zur Erprobung eines registergestützten Zensus (Zensusgesetz – ZensTeG)“ und ist im Bundesgesetzblatt Teil I vom 02.08.2001, Nr. 40, Seite 1882 veröffentlicht.

Die Grundidee: Ein registergestützter Zensus – das ist eine Volkszählung mit Hilfe vorhandener Daten – soll in Deutschland künftig die herkömmliche körperliche Zählung ersetzen.

Damit ist nach einer langen Zeit fachlicher und parlamentarischer Diskussion die organisatorische Vorbereitung der neuen Volkszählung in seine entscheidende Phase getreten. Neben den skandinavischen Ländern, die diese Erhebungsmethode bereits anwenden, ist die Bundesrepublik damit eines der wenigen Länder, welches die breit ausgetretenen Volkszählungs-Pfade verlässt. Das passiert zum einen aus Kostengründen, eine körperliche Zählung ist sehr teuer. Zum anderen würde eine Vollerhebung von großen Teilen der deutschen Bevölkerung nicht akzeptiert werden. Im Informationszeitalter bietet sich die stärkere Nutzung der bei den verschiedenen Landes- und Bundesbehörden vorhandenen Register für die Zwecke der amtlichen Statistik an.

Testmodell für einen registergestützten Zensus



Das größte Problem ist dabei, dass die bei den verschiedenen Behörden vorhandenen Register unter den Gesichtspunkten der jeweiligen Behörde geführt werden. Die statistischen Interessen werden nicht berücksichtigt, sie müssen im nachhinein generiert – d. h. erzeugt – werden.

Deshalb sind vor der generellen Einführung dieser neuen Volkszählungsmethode zunächst umfangreiche Tests und Erhebungen durchzuführen. Dabei sollen die vorhandenen Daten stichprobenartig auf ihre Statistikauglichkeit geprüft, die Datenübertragung und -verarbeitung erprobt und der Vergleich zu einer klassischen Zählung gezogen werden. Dies ist jetzt durch ein Gesetz angeordnet worden. Der Abgleich mit den Befragungen ist dabei der Kern des Tests, der bei der folgenden registergestützten Zählung natürlich entfällt.

Die Statistischen Ämter der Länder und das Statistische Bundesamt haben dazu ein Modell entwickelt. Darin sollen vorhandene Daten aus den Meldeämtern, von der Bundesanstalt für Arbeit und einer postalischen Befragung der Gebäudeeigentümer genutzt werden. Insgesamt wird mit drei Stichproben gearbeitet.

- 1. Mehrfachfallprüfung:** Zur Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl einer Gemeinde – eine wichtige Größe für die finanzielle Ausstattung – wird eine Geburtstags-Stichprobe durchgeführt. Diese wird mit einer Erhebung der Gesamtzahl der gemeldeten Personen als Grundlage der Bevölkerungszahl kombiniert. Betroffen sind die Melderegisterdaten von ca. 1,2 Prozent der Brandenburger Bevölkerung, also etwa 31 000 Personen, darunter ca. 10 000 mit unvollständigem Geburtsdatum.
- 2. Registertest:** Um die Statistikauglichkeit der Melderegister zu prüfen, werden die Daten aus einer zweiten Stichprobe des Melderegisters mit einer realen Befragung (nach der klassischen Volkszählung) verglichen. Das betrifft in Brandenburg 48 Kommunen mit 12 760 Haushalten und fast 30 000 Personen.
- 3. Verfahrenstest:** Eine Unterstichprobe des Registertests. Die erzeug-

Dr. M. Fümrohr, B. Rimmelsberger, Testuntersuchungen zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus, Monatsheft des Statistischen Landesamtes Saarland, 4/2001 S.3–9

Vorgesehene Stichproben

Stichprobe „Mehrfachfallprüfung“

Ermittlung der Zahl der Mehrfachfälle
Verfahrenstest Datenübermittlung Meldebehörden-Landesämter
Entwicklung von Verfahren zur Korrektur von Mehrfachfällen

Stichprobe „Karteileichen und Fehlbestände“

Ermittlung der Zahl der „Karteileichen“ und Fehlbestände
Untersuchung der Merkmalsqualität der Melderegister

Unter- stichprobe „Verfahrens- test“

Test einer postalischen Gebäude/Wohnungszählung
Weiterentwicklung der Zusammenführung/Haushaltegenerierung
Entwicklung von Verfahren der statistischen Qualitätskontrolle im Rahmen der Zusammenführung / Haushaltegenerierung
Entwicklung von Verfahren zur Zusammenführung von Melderegisterdaten mit Daten der BA, Qualitätsuntersuchungen der BA-Dateien

ten statistischen Haushalte und die Angaben der Wohnungseigentümer werden wiederum mit dem klassischen Verfahren der „Vor-Ort-Befragung“ verglichen. Hier werden von den 48 Kommunen Brandenburgs 17 mit 1 010 Gebäuden rund 5 630 Haushalten mit fast 13 000 Personen etwas umfangreicher befragt.

Als „statistischer Stichtag“ ist der 05.12.2001 festgelegt. Eine zweite Datenlieferung zu Vergleichszwecken erfolgt zum 31.03.2002 aus den Meldeämtern. Damit sollen Aufschlüsse zu den zeitlichen Veränderungen, besonders dem Nachlauf im Meldeverhalten, ermittelt werden.

Bei unlogischen Zusammenhängen lässt das Gesetz eine zusätzliche Befragung der betreffenden Person zu, um diese Fehlerquelle auf der Erhebungsseite zukünftig auszuschließen. Weiterhin wird untersucht, welche im Testgesetz vorgesehenen Liefermerkmale aus den Registern für das endgültige Verfahren wirklich benötigt werden und auf welche verzichtet werden kann. Genauigkeits- und Aufwand-Nutzenuntersuchungen runden den Versuch ab.

Dr. Jürgen Hübner

SOZIALHILFE

Anzahl rückläufig – finanzieller Aufwand steigend

Sozialhilfeempfänger im Jahr 2000

Zum Jahresende 2000 erhielten insgesamt 58 578 Personen in 30 474 Haushalten im Land Brandenburg eine „laufende Hilfe zum Lebensunterhalt“. Damit ist die Empfängerzahl um 170 Personen gegenüber dem Vorjahr rückläufig. 1999 gab es einen Rückgang um 118 Personen.

Fünf Prozent der Empfänger (2 946 Personen) sind ausländische Leistungsbezieher (1999: 2 846 Personen). Die Sozialhilfebedürftigkeit war regional in Brandenburg weiterhin sehr ungleich verteilt.

In Brandenburg an der Havel und in acht Landkreisen hat sich die Zahl der Leistungsempfänger gegenüber dem Vor-

jahr erhöht, in der Prignitz war sie unverändert und in den noch verbleibenden drei kreisfreien Städten und den übrigen fünf Landkreisen gab es rückläufige Tendenzen.

Die Sozialhilfequote (Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung) lag im Landesdurchschnitt seit 1998 unverändert bei 2,3 Prozent. Somit kamen 23 Leistungsbezieher auf 1 000 Einwohner (kreisfreie Städte 27, Landkreise 22, engerer Verflechtungsraum unverändert 17).

Trotz einer geringfügigen rückläufigen Tendenz zum Vorjahr (–1,3 Prozent) waren mehr als ein Drittel der Empfänger von „laufender Hilfe zum Lebensunter-

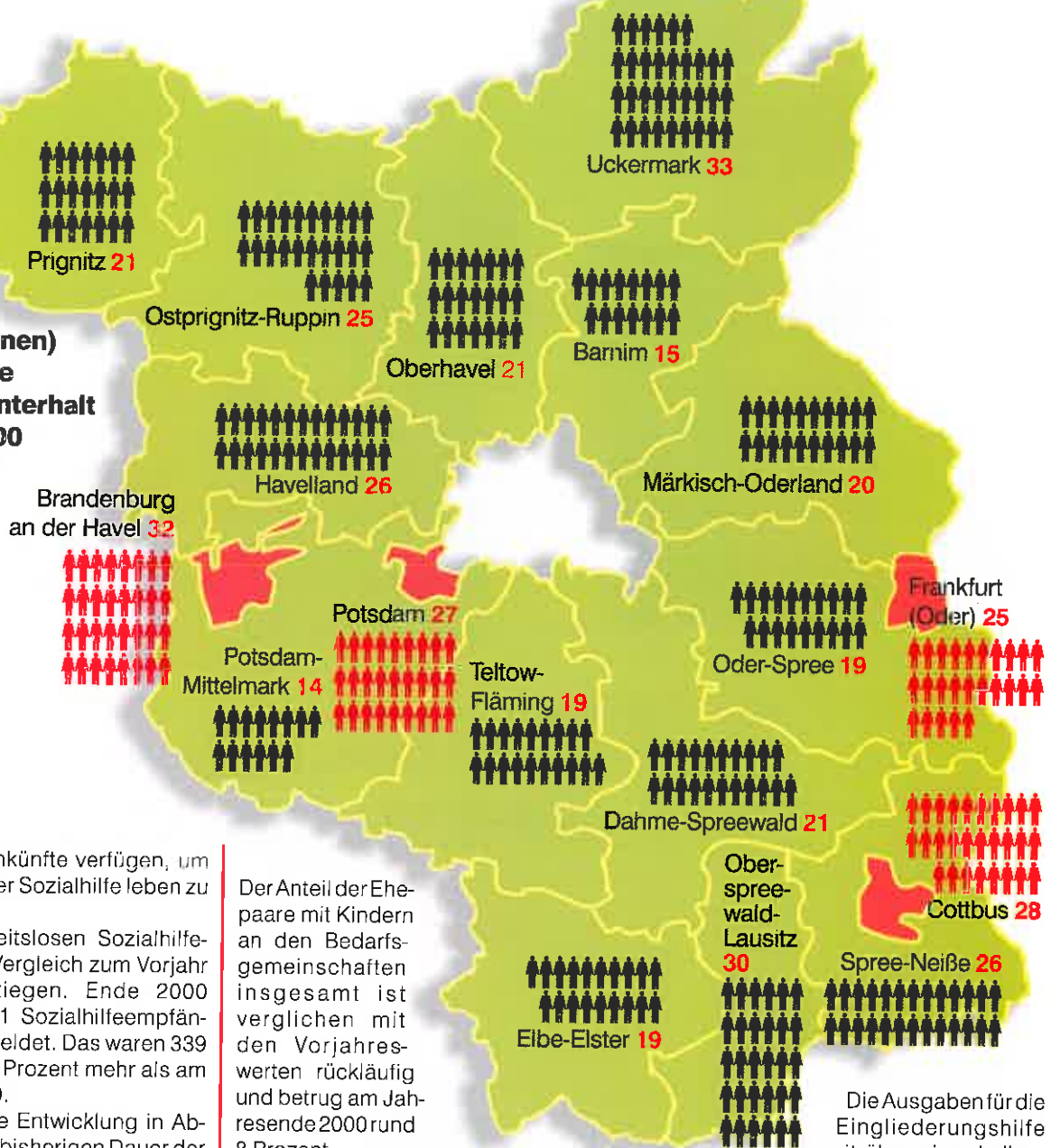
halt“ Minderjährige (21 852 Personen), weitere fast 17 Prozent (9 897 Personen) waren zwischen 18 und 25 Jahre alt. Das bedeutet, dass mehr als die Hälfte aller Sozialhilfeempfänger (54,2 Prozent) Kinder und Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren sind.

Rund 34 Prozent (19 789 Personen) der Empfänger waren im Alter zwischen 25 und 50 Jahren und fast vier Prozent waren älter als 65 Jahre (2 255 Personen).

Das Durchschnittsalter aller Leistungsbezieher betrug 26 Jahre.

Betroffen von Sozialhilfe sind vor allem Arbeitslose, allein Erziehende und Kinder, die in Familien leben, die über keine

**Empfänger(innen)
laufender Hilfe
zum Lebensunterhalt
am 31. 12. 2000**

 (Empfänger je
1 000 Einwohner)


ausreichenden Einkünfte verfügen, um unabhängig von der Sozialhilfe leben zu können.

Die Zahl der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger ist im Vergleich zum Vorjahr geringfügig gestiegen. Ende 2000 waren noch 21 581 Sozialhilfeempfänger arbeitslos gemeldet. Das waren 339 Personen oder 1,6 Prozent mehr als am 31. Dezember 1999.

Betrachtet man die Entwicklung in Abhängigkeit von der bisherigen Dauer der Arbeitslosigkeit, ergibt sich ein gespaltenes Bild. Während der prozentuale Anteil der Personen, die Ende des vergangenen Jahres weniger als fünf Jahre arbeitslos waren, um ein Prozent zurückgegangen ist, stieg im gleichen Umfang der prozentuale Anteil derjenigen, die bereits fünf und mehr Jahre arbeitslos waren und Sozialhilfe erhielten.

Die Chancen für diese Gruppe, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, haben sich trotz vieler Projekte wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ im Vergleich zu 1999 erneut verschlechtert.

Allein erziehende Mütter und ihre Kinder sind besonders häufig auf die Leistungen vom Sozialamt angewiesen. Annähernd 7 700 Haushalte von allein erziehenden Frauen mit minderjährigen Kindern, ein Viertel aller Bedarfsgemeinschaften, haben Ende 2000 Sozialhilfe bezogen.

Der Anteil der Ehepaare mit Kindern an den Bedarfsgemeinschaften insgesamt ist verglichen mit den Vorjahreswerten rückläufig und betrug am Jahresende 2000 rund 8 Prozent.

Hauptgrund für diese Entwicklung war die Möglichkeit der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Veränderung der bisherigen Einkünfte, insbesondere durch die Erhöhung des Kindergeldes.

Die Bruttoausgaben für Leistungen der Sozialhilfe, die nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährt wurden, betrugen 984,6 Millionen DM im Haushaltsjahr 2000. Sie stiegen zum Jahr 1999 betrachtet bei der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt um 1,2 Millionen DM, dagegen bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen um rund 37 Millionen DM.

Die Aufwandsentwicklung der Hilfen in besonderen Lebenslagen verlief sehr unterschiedlich. Für den Anstieg der Sozialhilfeausgaben in Brandenburg waren die Leistungen für die Eingliederungshilfe von Behinderten mit rund 35 Millionen DM ausschlaggebend.

Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe mit über einer halben Milliarde DM (532,9 Millionen DM) sind seit der 1994 durchgeführten Novellierung der Sozialhilfestatistik um mehr als 40 Prozent gestiegen und haben damit den höchsten Ausgabenanteil an den Gesamtausgaben erreicht. Für die Krankenhilfe haben sich die Ausgaben in diesem Zeitraum um 26 Prozent erhöht.

Die Ausgaben für die Hilfe zur Pflege verlaufen mit dem Wirksamwerden der Pflegeversicherung relativ konstant. Den Ausgaben standen Einnahmen in Höhe von mehr als 127 Millionen DM gegenüber.

Die Nettoausgaben für die Sozialhilfe betrugen somit 857,4 Millionen DM.

Damit entfielen rein rechnerisch 330 DM Ausgaben für Sozialhilfe je Einwohner in Brandenburg (1999: 317 DM).

Gudrun Heinemann
Christel-Beate Seifert



Statistisches Jahrbuch 2001 erschienen

In einer nun schon traditionellen Pressekonferenz stellte der Präsident des LDS BB, Arend Steenken, im Januar 2002 die neue Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs des Landes Brandenburg vor.

Das Statistische Jahrbuch 2001 gehört zu den bekanntesten und am meisten nachgefragten Veröffentlichungen des LDS. Der Nutzer findet statistische Aussagen zu fast allen Lebensbereichen des Landes Brandenburg sowie ausgewählte, vergleichende Daten zu anderen Bundesländern und Deutschland.

Selbstverständlich kann hier nur eine begrenzte Auswahl von Daten aufgenommen werden. Weiterführende Daten finden sich aber in speziellen Veröffentlichungen des Landesbetriebes, worauf an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen wird.

Neu hinzugekommen sind in der aktuellen Ausgabe im Abschnitt „Gebiet und Bevölkerung“ Angaben über Einbürgerungen im Land Brandenburg.

Ergebnisse der Ende 1999 erstmals erhobenen Pflegestatistik sind unter „Sozialleistungen“ aufgeführt.

Der Abschnitt „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“ wurde erheblich erweitert.

Das **Buch** (ISBN 3-931767-08-6) und die **CD-ROM** (ISBN 3-931767-09-4) kosten jeweils 20 EUR.

Buch und CD (ISBN 3-931767-10-8) haben den Vorteilspreis von 30 EUR.

Bestellungen bitte an den

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik,

Dortstraße 46, 14467 Potsdam

Fax: 0331 39-418

E-Mail: info@lds.brandenburg.de